

ZENTRALAUSGABE FÜR DEUTSCHLAND

März 2017 34. Jahrgang

DEUTSCHLAND	Evangelische Allianz weist auf Rechtslage bei Abtreibungen hin	2
	EAK kritisiert Bundeswehr-Werbung unter Minderjährigen	
	Adventisten gratulieren Steinmeier	
	Den Islam anerkennen?	
	Seit 490 Jahren wieder eine internationale Täuferkonferenz in Augsburg	
	Adventistische Institutionen beim Kongress christlicher Führungskräfte	
INTERNATIONAL	Präsidentenberater am Sabbat nicht erreichbar	11
	USA: Adventist spricht beim Nationalen Gebetsfrühstück	12
	Mehr Friedensstifter werden benötigt	13
	Moskau und Rom wollen gemeinsam mehr für verfolgte Christen tun	14
	Loma Linda Universität eröffnet Institut für Weltreligionen	17
	Niederländische Kirchen fordern "sportlichen" Wahlkampf	19
	Norwegen: Vereinigung adventistischer Gesundheitsfachleute gegründet	20
	Argentinien: Adventistische Kirchenleiter zurückgetreten	21
	Frankreich: Adventisten eröffnen "Internationales Zentrum für Religionsfreiheit und öffentliche Angelegenheiten	
SOZIALES & ENTWICKLUNG	ADRA-Großbritannien und Freiwillige schließen Paket-Aktion in Ghana ab	24
	ADRA Deutschland unterstützt Nothilfekoordinatoren in Südpazifik-Region	25
	El Salvador: Adventisten helfen bei Alphabetisierung der Bevölkerung	26
	Adventisten begegnen Flüchtlingen auf Lampedusa	27
	Slowenien: ADRA unterstützt Flüchtlinge in Griechenland	28
	Adventistisches Aktionsbündnis "Gemeinsam für Flüchtlinge" zieht Bilanz	29
KULTUR	"Effektive Leitung ist die Frucht der Rechtfertigung"	30
	Film "Hacksaw Ridge – Die Entscheidung" über Adventist Desmond Doss erhält 2 Oscars	31
	"Verdammung. Nein Danke!" - Rückführung der CA 16 nach Wittenberg	32
MEDIEN	Zwei Bibelübersetzungen für ökumenische Gottesdienste	33
	"Die Bibel ist etwas ungeheuer Kostbares"	36
	Impressum	37

DEUTSCHLAND

Evangelische Allianz weist auf Rechtslage bei Abtreibungen hin



© Logo: Evangelische Allianz Deutschland

Bad Blankenburg/APD Die Reaktionen um das "Nein" von Thomas Börner, Chefarzt der Elbe-Jeetzel-Klinik in Dannenberg/Niedersachsen, zu Abtreibungen veranlasst die Deutsche Evangelische Allianz zu dem Hinweis, dass nach der gegenwärtigen Rechtslage in Deutschland eine Abtreibung "höchstens die Ausnahme" sein könne, nicht jedoch die Regel. Das Netzwerk evangelisch-reformatorisch gesinnter Christen aus den verschiedenen Kirchen und Gemeinschaften beklagt, dass es mit etwa 100.000 registrierten Abtreibungen in **Deutschland** pro Jahr bei den Schwangerschaftsabbrüchen nicht mehr um außergewöhnlich begründete Notsituationen gehe, sondern ein "unkontrolliertes Massenphänomen" eingetreten sei.

Der Vorsitzende der Evangelischen Allianz, Ekkehart Vetter, und Allianz-Generalsekretär Hartmut Steeb, nehmen in einer Presseerklärung den Chefarzt in Schutz. Sie betonen: Börner habe mit seinem grundsätzlichen Nein angesichts der Gesetzes- und Rechtslage seine Verantwortung wahrgenommen und darüber hinaus von seiner Glaubens- und Gewissensfreiheit Gebrauch gemacht. Wenn jetzt zwar die Gewissensfreiheit für ihn selbst anerkannt werde, ihm aber untersagt werden sollte, seine Haltung auch für seinen Verantwortungsbereich gelten zu lassen, wäre das ein ethischer Skandal. "Selbstverständlich muss es einem Vorgesetzten möglich sein, die ethischen Rahmenrichtlinien für seine Mitarbeiter vorzugeben."

"Abtreibungen kein Qualitätskriterium für Krankenhäuser"

Die Vorgänge um das entschlossene Nein von Chefarzt Thomas Börner in Dannenberg zu Abtreibungen müssten zu einer längst erforderlichen Überprüfung der Verfahrensweise führen, die das Bundesverfassungsgericht in seinem Urteil vom Mai 1993 gefordert habe, so die Evangelische Allianz. Deshalb erwarteten Vetter und Steeb von den Regierenden in Bund und Ländern sowie von den Verantwortlichen in Kirche, Diakonie und Caritas, dass sie öffentlich deutlich machten, dass es ein unumstößliches Recht auf Leben für jeden Menschen, auch für den Ungeborenen, gebe. Das Recht auf Beratung, Begleitung, Fürsorge und Hilfe für Schwangere in Notsituationen dürfe aber nicht durch ein Ja zur Tötung eines ungewollten, ungeplanten Kindes und als Konfliktlösung in Lebenslagen ersetzt werden. Es könne nicht sein, dass das Angebot von Abtreibungsmöglichkeiten als "Qualitätskriterium" für Krankenhäuser angesehen und bei einer Ablehnung von Abtreibungen mit Subventionskürzungen seitens des Staates gedroht werde. Organisationen, die "von einem Recht auf Abtreibung" redeten, dürften nicht länger mit der Beratung in Konfliktschwangerschaften betraut werden, "weil sie sich ganz offenbar nicht an Recht und Gesetz halten, es sogar ablehnen und offensichtlich umdeuten", so der Vorsitzende und der Generalsekretär der Deutschen Evangelischen Allianz.

EAK kritisiert Bundeswehr-Werbung unter Minderjährigen



Soldat im Einsatz

© Foto: Gerd Bonnetsmüller/churchphoto.de

Bonn/APD Die Evangelische Arbeitsgemeinschaft für Kriegsdienstverweigerung und Frieden (EAK) hat die Rekrutierung Minderjähriger und die Werbung der Bundeswehr in Schulen sowie in sozialen Medien für den Militärdienst erneut kritisiert. Anlass ist der Internationale Tag gegen den Einsatz von Kindersoldaten ("Red Hand Day"), der seit 2002 jährlich am 12. Februar begangen wird und an das Schicksal von Kindern erinnert, die zum Einsatz in Kriegen und bewaffneten Konflikten gezwungen werden.

"Es ist nicht hinnehmbar, wenn die Bundeswehr aufgrund eines offenbar größer werdenden Personal- und Nachwuchsmangels zunehmend offensiver unter Jugendlichen Werbung macht. Wenn wir in Europa den Einsatz von Kindersoldaten in Asien oder Afrika kritisieren, dürfen wir nicht übersehen, dass in Deutschland Minderjährige rekrutiert werden", betont Dr. Christoph Münchow, Vorsitzender der EAK.

Über 1.500 Bundeswehrsoldaten unter 18 Jahren

Erschreckend sei, dass die Zahl minderjähriger Soldaten ihren höchsten Stand seit der Aussetzung der Wehrpflicht erreicht habe, kritisiert die EAK. Nach Angaben der Bundesregierung leisteten 2016 im November 1.576 Personen unter 18 Jahren ihren Dienst bei der Bundeswehr. 2011 lag diese Zahl noch bei 689.

"Das ist eine Entwicklung, die Sorgen machen muss. Denn viele Jugendliche sind noch nicht in der Lage, wirklich die Konsequenzen eines freiwilligen Dienstes in der Bundeswehr zu erkennen", mahnt der EAK-Vorsitzende. Darum sollten die Werbeeinsätze an Schulen eingestellt werden.

Kritisch sieht die EAK auch die zunehmende Werbung der Bundeswehr in den sozialen Medien. "Wenn in Selfie-Manier bei Youtube der Rekruten-Alltag dargestellt wird und dabei die gefährlichen Einsätze ausgeblendet werden und alles wie ein großer Abenteuerspielplatz erscheint, dann wird der Soldaten-Beruf erschreckend verharmlost, um möglichst viele junge Menschen für den Dienst zu gewinnen", gibt Jasmin Schwarz, EAK-Referentin für Kriegsdienstverweigerung, zu bedenken.

EAK

Die EAK ist ein Zusammenschluss von Vertretern der evangelischen Landes- und Freikirchen, von Verbänden sowie von Personen, die sich für Friedensarbeit und für das Grundrecht auf Kriegsdienstverweigerung engagieren. Durch ihre Arbeit will die EAK die Friedensarbeit in den Regionen und den Landeskirchen miteinander verknüpfen und einen Erfahrungsaustausch ermöglichen. Der Verband versteht sich dabei als Teil und als Akteur der evangelischen Friedensarbeit im Raum der Evangelischen Kirche in Deutschland (EKD). Seit 2009 gibt es zudem eine gemeinsame Geschäftsstelle der EAK mit der Aktionsgemeinschaft Dienst für den Frieden (AGDF) in Bonn.



Adventisten gratulieren Steinmeier

Dr. Frank-Walter Steinmeier © Foto: Marc Müller/Wikimedia Commons

Hannover/APD Der erste Vorsitzende der Freikirche der Siebenten-Tags-Adventisten in Deutschland, Pastor Johannes Naether (Hannover), hat Dr. Frank-Walter Steinmeier (SPD) im Namen der Freikirche in einem Schreiben zu dessen Wahl zum 12. Präsidenten der Bundesrepublik Deutschland gratuliert.

Steinmeier übernehme das Amt in "stürmischen Zeiten, in denen die Welt aus den Fugen zu geraten scheine", so Naether mit einem Zitat aus der Rede des designierten Bundespräsidenten. "In dieser Zeit eine klare Orientierung zu vermitteln, die keine trügerische Sicherheit durch markige Sprüche vorgaukelt, herausfordernden Aufgaben, denen Sie gegenüberstehen." Naether wünschte Steinmeier dafür "eine Klarheit und Verständlichkeit, die das Wertvolle und Verbindende in unserer Gesellschaft aktuell und konkret ausspricht."

Der Freikirchenleiter rief Steinmeier dazu auf, mit einer "Hartnäckigkeit" ins Amt zu gehen, "die um das Fundament des Grundgesetzes weiß und der Werte, die sich aus dem christlichen Glauben speisen." Naether weiter: "Ich wünsche Ihnen weiterhin für Ihren Dienst an unserem Land ein frohes und dankbares Herz, das sich der betenden und solidarischen Unterstützung vieler Christinnen und Christen gewiss sein darf."

Den Islam anerkennen?

Jahresempfang der EZW in Berlin



Bekir Altaş, Friedmann Eißler (Moderator) und Cem Özdemir (v.l.)

© Foto: Jens Mohr/APD

Berlin/APD Der Jahresempfang der Evangelischen Zentralstelle für Weltanschauungsfragen (EZW) stand am 16. Februar unter dem Motto "Den Islam Cem anerkennen?". lm Rahmen des **Empfangs** diskutierten Bundesvorsitzender von Bündnis 90/Die Grünen, und Bekir Altaş, Generalsekretär der Islamischen Gemeinschaft Millî Görüş, kontrovers über den Status islamischer Interessensverbände in Deutschland.

Islamverbände keine Religionsgemeinschaften

Özdemir sprach in seinem Statement bezüglich muslimischer Interessensverbände in Deutschland von einer Menge Chancen aber auch von einigen Problemen: "Ich erwarte, dass sie sich zu inländischen Organisationen und zu Vertretungen von hier lebenden Muslimen verwandeln." Bereits 2015 hatten Cem Özdemir und Volker Beck (ebenfalls Bündnis 90/Die Grünen) ein religionspolitisches Positionspapier vorgelegt. Darin wird ausgeführt, dass die vier großen muslimischen Interessensverbände (DITIB, Islamrat, Verband der islamischen Kulturzentren und Zentralrat der Muslime in Deutschland) bislang in ihrer Zusammensetzung national, politisch oder sprachlich, nicht aber bekenntnisförmig geprägt seien. "Wir sehen sie daher als religiöse Vereine und nicht als Religionsgemeinschaften", so das Papier.

Von den vielen in Deutschland existierenden islamischen Verbänden und Vereinen ist nach Angaben von Wikipedia bisher einzig die Ahmadiyya-Muslim-Gemeinschaft als Körperschaft öffentlichen Rechts anerkannt und den christlichen Kirchen in dieser Hinsicht gleichgestellt.

Für die Gewährung des Körperschaftsstatus und den damit verbundenen Privilegien (wie beispielsweise die Erteilung von konfessionellem Religionsunterricht) seien bestimmte grundgesetzliche Voraussetzungen zu erfüllen, so Özdemir. "Davon nehmen wir nicht Abstand", betonte der Bundesvorsitzende der Grünen. "Dieser Prozess läuft nicht im Schlafwagen." Özdemir wünsche sich von den Interessensverbänden, dass sie nicht nur Teil der Gesellschaft seien, sondern sich auch einbrächten: zum Beispiel in aktuelle Debatten oder wenn es darum geht, die Schöpfung zu bewahren.

Religion als Kerngeschäft

Bekir Altaş wies demgegenüber darauf hin, dass es in der Bundesrepublik Deutschland keine staatliche Anerkennung im Sinne eines "Ritterschlags" für Religionsgemeinschaften gebe. Über den Status islamischer Religionsgemeinschaften werde bereits seit Jahrzehnten rechtlich diskutiert. Die Angehörigen einer Konfession seien dem Staat gegenüber nicht rechenschaftspflichtig, wenn und warum sie sich im Bekenntnis unterscheiden oder nicht.

Religionsgemeinschaften sei eine politische oder wirtschaftliche Aktivität nicht verwehrt. Dennoch sei die umfassende Pflege des religiösen Bekenntnisses Kerngeschäft der Islamverbände. Auch müsse Religion nicht von jeglichem ausländischen Einfluss frei sein.

Evangelische Zentralstelle für Weltanschauungsfragen

Die EZW mit Sitz in Berlin gehört zur Evangelischen Kirche in Deutschland (EKD). Sie fördert nach Angaben ihres Leiters, Dr. Reinhard Hempelmann, eine Kultur der respektvollen Begegnung und informiert über Tendenzen der religiösweltanschaulichen Landschaft

Seit 490 Jahren wieder eine internationale Täuferkonferenz in Augsburg

Dekade "Renewal 2027" der Erinnerung und Erneuerung eröffnet



Erzbischof Castro (links) mit Übersetzer
© Foto: Holger Teubert/APD

Augsburg/APD Die Stadt Augsburg war in den Jahren der Reformation ab 1526 auch Zentrum der Täuferbewegung und damit ein Entstehungsort der heutigen Freikirchen. Im August 1527 trafen sich in der Fuggerstadt führende Vertreter der Täufer aus Süddeutschland, der Schweiz und Österreich. Sie tagten an wechselnden Orten, um der Verfolgung durch den Stadtrat zu entgehen. Die meisten Teilnehmer wurden jedoch auf der Heimreise gefangengenommen und hingerichtet. Dadurch erhielt das Treffen die Bezeichnung "Märtyrersynode". Später vertrieb die Obrigkeit alle Täufer aus der Stadt. Die am 12. Februar in Augsburg eröffnete Dekade "Renewal 2027" (Erneuerung 2027) ist eine auf zehn Jahre angelegte Veranstaltungsreihe der Mennonitischen Weltkonferenz (MWK). Sie will an die Anfänge der Täuferbewegung vor 500 Jahren erinnern und zugleich die weltweite "Geschwisterschaft" der heutigen

täuferisch-mennonitischen Gemeinden betonen.

Mennoniten damals und heute

Die großen Umwälzungen innerhalb der Kirche während des 16. Jahrhunderts brachten nicht nur die lutherische und reformierte Tradition hervor, sondern auch die wesentlich kleinere Täuferbewegung, erläuterte Alfred Neufeld, Vorsitzender der Kommission für Glauben und Leben der MWK und Leiter des Planungskomitees "Renewal 2027". "Die Täufer waren nicht mehr römisch-katholisch, aber auch nicht ganz einverstanden mit den typischen Schwerpunkten der Reformatoren. Stattdessen teilten sie Aspekte beider Traditionen." Von Anfang an hätten sie aber auch zusätzliche Aspekte des christlichen Glaubens betont, die sie als tief in der Bibel verwurzelt sahen. Neufeld nannte die persönliche Verpflichtung zur Nachfolge Jesu, die Taufe von Erwachsenen auf das freie Bekenntnis des Glaubens, ein gemeinschaftlicher Ansatz in der Lektüre und Auslegung der Heiligen Schrift, eine Verpflichtung zur Versöhnung und Feindesliebe sowie die Ablehnung der Staatskirche.

Seit jener Zeit hätten sich die anstehenden Fragen und Begleiterscheinungen verändert. Deshalb stellten sich laut Neufeld verschiedene Fragen: Was bleibt? Was sollte überdacht und neu formuliert werden? Wo gibt es Lücken in der Theologie und im Handeln der Mennoniten? Wo ist die Tradition starr geworden? Wo haben sich Angewohnheiten eines falsch verstandenen Rückzugs aus der Welt eingeschlichen oder gar ein Hang zum Narzissmus? Diese Themen sollten in den kommenden zehn Jahren in weltweiter Gemeinschaft diskutiert und bearbeitet werden.

Dekade beginnt mit der Bibel

Zum Auftakt der Dekade befasste sich "Renewal 2027" mit dem Thema "Verändert durch das Wort: Die Bibel lesen aus täuferischen Perspektiven". Zu der öffentlichen Veranstaltung kamen am 12. Februar etwa 200 Teilnehmer in das Augsburger katholische Tagungshotel Haus Sankt Ulrich. Darunter waren rund 80 ausländische Vertreter der Mennonitischen Weltkonferenz. 500 Jahre nachdem Martin Luther mit seinem Aufruf "sola scriptura" (allein die Schrift) die Reformation angestoßen hat, wollte auch die MWK "sich auf die Suche danach machen, wie Täufer und Mennoniten in der ganzen Welt sich in der Vergangenheit mit der Bibel beschäftigt haben und wie die Bibel ihre Bedeutung bis heute behalten hat", so Dr. Alfred Neufeld, der auch der Präsident der Protestantischen Universität Paraguays in Asunción und Dekan der dortigen Theologischen Fakultät ist.

Die Täufer deuteten die Bibel vielfältig und unterschiedlich

Hanspeter Jecker, Schweiz, Mitglied der MWK-Kommission für Glaube und Leben, und Astrid von Schlachta aus Deutschland vom Mennonitischen Geschichtsverein befassten sich mit den vielfältigen Deutungen der Heiligen Schrift unter den damaligen Täufern. Diese wollten als mündige Christen die Bibel lesen. Für sie schien es selbstverständlich, dass gerade einfache Leute durch das Wort Gottes angesprochen wurden, während kirchliche Würdenträger kein Interesse an der Bibel zu haben schienen. Es habe allerdings auch Täufer gegeben, die das Wort zum Schwert machen wollten. Im Frühjahr 1528 erwarteten sie die Wiederkunft Jesu in Erfurt. Sie meinten aus den prophetischen Büchern Daniel und Offenbarung der Bibel zu erkennen, dass die Endzeit unmittelbar bevorstehe. Sie seien bereit gewesen zur Errichtung des von ihnen erwarteten Reiches Christi der Gerechtigkeit auch zu den Waffen zu greifen. Die späteren Täufer hätten ihre Mühe gehabt sich von diesen Vorstellungen zu befreien. Die Täufer wollten auch mit alten Gewohnheiten brechen. Die neuen Erkenntnisse

gewannen sie gemeinsam. Da alle zum Verständnis der Bibel beitragen konnten, kam es immer wieder zu Spaltungen, sodass die Einheit der Christen aus dem Blick geraten sei.

Es habe auch das Bestreben gegeben, Christus nachzufolgen indem man die Verfolger segne. Da damals viele Menschen Analphabeten waren, wurde die Predigt zur Belehrung wichtig und die Bibel trat in den Hintergrund, da man sie nicht lesen konnte. Das habe im Extremfall dazu geführt, dass die Bibel von manchen sogar, nach dem Motto "der Buchstabe tötet, Gottes Geist macht lebendig", buchstäblich verbrannt worden sei. Die Täufer bemühten sich allerdings nicht nur zu lehren, sondern die Lehre auch mit dem Leben in Übereinstimmung zu bringen. Ein Teil der Täufer war davon überzeugt, dass die Bibel die Gütergemeinschaft der Christen lehre. Bibeltexte, die etwas anderes aussagten, hätte sie so lange interpretiert, bis sie zu ihrem Weltbild zu passen schienen. Dass die menschliche Erkenntnis "Stückwerk" sei, so ein Bibelwort, habe andererseits zur Behauptung geführt, dass es bei dem bleiben solle, was einmal als richtig erkannt worden sei. Man solle sich hüten etwas Neues einzuführen.

Aber gerade weil kein Mensch alles weiß, gelte es nach wie vor die Bibel gemeinsam zu lesen, um sich gegenseitig auch korrigieren zu lassen, so Hanspeter Jecker und Astrid von Schlachta als Schlussfolgerung hinsichtlich der vielfältigen Deutung der Heiligen Schrift in der Vergangenheit der Täufer. Das wurde während der Tagung auch praktiziert, indem die Teilnehmer in kleinen Gruppen einen Bibeltext aus der Apostelgeschichte lasen und gemeinsam auslegten.

Junge Generation zur Mission und Zukunft ihrer Gemeinschaften

Der Präsident des Mennonitischen Weltkomitees, Nelson Kraybill, USA, stellte junge Erwachsene aus den Philippinen, Simbabwe, Paraguay, den Niederlanden und den USA vor, die in ihren täuferischen Gemeinschaften Verantwortung übernommen haben und als nachrückende Generation berichteten, was es für sie in ihren Ländern bedeute heute dem Missionsauftrag der Bibel nachzukommen und den Menschen von Jesus zu erzählen. In einer zweiten Runde sprachen andere junge Männer und Frauen aus Äthiopien, Guatemala, den USA, Spanien und den Philippinen darüber, vor welchen Herausforderungen ihre Gemeinden gegenwärtig stünden und wie ein Blick in die Zukunft aussehen könnte.

Die Bibel auch mit Christen anderer Konfessionen lesen

Dass man auch mit Christen anderer Konfessionen die Bibel lesen kann, wurde durch die eingeladenen Gäste anschaulich. Luis Augusto Castro Quiroga, Erzbischof von Tunja und Vorsitzender der römisch-katholischen Kolumbianischen Bischofskonferenz, sprach den Friedensprozess zwischen der Regierung und den Rebellengruppen FARC und ELN in seinem Land an. Die katholische Kirche begleite den Prozess. Castro Unterstützung würdiate ausdrücklich die durch den US-amerikanischen Friedensforscher und Professor für International Peacebuilding an der University of Notre Dame, Indiana, John Paul Lederach. Er ist Mennonit, der die Bischofskonferenz berate. "Die Guerilla muss lernen, für ihre Taten um Entschuldigung zu bitten und sich im Rahmen der Übergangsjustiz für sie verantworten", sagte der Erzbischof. Das fordere die Gerechtigkeit. Doch es gehe neben dem äußeren Frieden auch um den inneren Frieden. Dieser sei jedoch nach der Bibel nur durch Barmherzigkeit und Vergebung möglich.

Pastor Bernd Densky, Baptist und Freikirchlicher Referent der Arbeitsgemeinschaft

Christlicher Kirchen in Deutschland (ACK), betonte, dass die Baptisten sich als Bibelbewegung verstünden. Die Heilige Schrift sei für sie oberste Instanz für Glauben und Handeln. Der Heilige Geist helfe bei der Bibelauslegung zum Verständnis der Schrift. Um voneinander zu lernen und sich gegebenenfalls auch zu korrigieren wäre ein gemeinsames Lesen der Bibel notwendig. Es gelte aber auch, das was man als wegweisend erkannt habe, anderen mitzuteilen.

Heinrich Klassen, Vorsitzender des Bundes Taufgesinnter Gemeinden in Deutschland, wies darauf hin, dass in der ehemaligen Sowjetunion die Bibel ein kostbares Gut gewesen sei. Nur wenige hätten damals eine vollständige Bibel besessen. Umso mehr würde jetzt nach der Übersiedelung nach Deutschland die Bibel im Gottesdienst ausgelegt und in Gruppen studiert. Dabei gehe es auch um die Frage, welchen Auftrag die Gemeindemitglieder in der Bundesrepublik für die Gesellschaft hätten.

Friederike Nuessel, Professorin für Systematische Theologie an der Ruprecht-Karls-Universität Heidelberg und Mitglied der Kammer für Theologie der Evangelischen Kirche in Deutschland (EKD), verwies auf Martin Luther, der durch das Studium der Briefe des Apostels Paulus Antwort auf seine Fragen fand: "Wie bekomme ich einen gnädigen Gott? Wie werde ich vor Gott gerecht?" Das Lesen der Bibel habe aus ihm einen neuen Menschen gemacht. Die Theologin erinnerte auch an die Verfolgung der Täufer durch die Lutheraner. Während der Vollversammlung des Lutherischen Weltbundes (LWB) 2010 in Stuttgart hätten sich in einem Bußgottesdienst der LWB und die Mennonitische Weltkonferenz versöhnt. Vorausgegangen sei ein einstimmig gefasstes Schuldbekenntnis der Vollversammlung des LWB gegenüber den Täufern.

Jedes Jahr ein neues Thema

Neben der Eröffnung der Dekade fand in Augsburg auch die jährliche Tagung des Exekutivkomitees der Mennonitischen Weltkonferenz statt. 2018 liegt die Betonung von "Renewal 2027" auf dem Heiligen Geist. Im April 2018 ist eine entsprechende Veranstaltung im Rahmen des Exekutivkomitee-Treffens in Kisumu/Kenia geplant. Weitere thematische Schritte sollen parallel zu den regulären MWK-Treffen in Lateinamerika 2019, Nordamerika 2020, und Indonesien 2021 geschehen.

Zwar soll es 2025 in Europa eine besondere Feier zum Gedenken an den 500. Jahrestag der ersten Bekenntnistaufen geben. Doch das Planungskomitee habe laut Alfred Neufeld bewusst das Jahr 2027 als Höhepunkt der Erinnerungsdekade gewählt. 2027 markiere zum einen den 500. Jahrestag des "Schleitheimer Bekenntnisses" vom Januar 1527, das der frühen Täuferbewegung Struktur gegeben habe, zum anderen der "Märtyrersynode" in Augsburg, wo sich führende Täufer trafen, um eine Missionsstrategie zu beraten. Die meisten von ihnen wurden bald danach hingerichtet. "Den Schlussakkord und Höhepunkt von "Renewal 2027" setzt dann im selben Jahr die 18. MWK-Weltversammlung", informierte Neufeld.

Trilaterale Dialoggruppe zum Thema "Taufe"

In Augsburg tagte auch die trilaterale Dialoggruppe mit Vertretern des Päpstlichen Rates zur Förderung der Einheit der Christen, des Lutherischen Weltbundes und der Mennonitischen Weltkonferenz zur abschließenden Sitzung zum Thema "Taufe". Erzbischof Castro und Professorin Nuessel gehören der Gesprächsgruppe an.

Mennoniten weltweit

Zu den Mitgliedern der MWK gehören 102 Mitgliedskirchen von Mennoniten- und

Brethren-in-Christ-Gemeinden in 57 Ländern mit 1,4 Millionen getauften Gläubigen. Etwa zwei Drittel der getauften Mitglieder leben in Afrika, Asien oder Lateinamerika, ein Drittel in Europa und Nordamerika. Nach einer Statistik der MWK aus dem Jahr 2015 gibt es weltweit insgesamt über 2,1 Millionen Christen täuferischer Tradition (in Deutschland 47.202, in der Schweiz 2.350 und in Österreich 369). Etliche dieser Kirchen, besonders auch die Amish-Gemeinschaften in den USA, haben sich laut Neufeld nicht der MWK angeschlossen.

Adventistische Institutionen beim Kongress christlicher Führungskräfte







Hope Channel beim Kongress christlicher Führungskräfte

Nürnberg/APD Der zehnte Kongress christlicher Führungskräfte fand dieses Jahr vom 23. bis 25. Februar in Nürnberg statt. Unter den mehr als 200 Ausstellern waren auch die adventistischen Institutionen Deutscher Verein für Gesundheitspflege e.V., die Adventistische Entwicklungs- und Katastrophenhilfe ADRA Deutschland e.V. und das Medienzentrum Stimme der Hoffnung vertreten.

Deutscher Verein für Gesundheitspflege (DVG)

Auf der interaktiven Gesundheitsmesse "Health Expo" des DVG konnten die Besucher des Kongresses verschiedene Gesundheitstests absolvieren, eine Gesundheitsberatung in Anspruch nehmen und sich bei einer Massage entspannen. Die "Health Expo" steht unter dem Motto "Gesundheit ganzheitlich". Dabei geht es unter anderem um Aspekte wie ausgewogene Ernährung, Bewegung, Gottvertrauen und Vergebung. Weitere Informationen: www.dvg-online.de

ADRA Deutschland

Die Adventistische Entwicklungs- und Katastrophenhilfe ADRA Deutschland e. V. hat im Jahr 2015 nach eigenen Angaben über 2,5 Millionen Menschen In 45 Ländern direkt oder indirekt unterstützt. Zum Tätigkeitsfeld von ADRA Deutschland gehören neben humanitärer Hilfe im Katastrophenfall auch Entwicklungszusammenarbeit in den Bereichen Ernährung, Gesundheit, Bildung, Einkommen, Katastrophenvorsorge, Völkerverständigung, Wasser und Sanitärtechnik sowie Umweltschutz. Weitere Informationen: www.adra.de

Stimme der Hoffnung

Das Medienzentrum *Stimme der Hoffnung* der Freikirche der Siebenten-Tags-Adventisten informierte mit einem Stand über sein aktuelles Fernseh- und Radioangebot "Hope Channel", das per Satellit und Internet zu empfangen ist. Seit 2009 sendet der "Hope Channel Deutsch" ein 24-stündiges Fernsehprogramm. Er bietet mit Sendungen über persönlichen Glauben, ganzheitliche Gesundheit, Bibelwissen und Lebenshilfe ein breites Spektrum. Als erster christlicher Radioanbieter in deutscher Sprache nahm das "Hope Channel Radio" unter dem Namen "Stimme der Hoffnung" bereits 1948 seine Arbeit auf. Weitere Informationen: www.hopechannel.de

Kongress christlicher Führungskräfte

Der Kongress hatte rund 2.900 Teilnehmende aus 20 Ländern. Veranstalter war die Evangelische Nachrichtenagentur *idea* (Wetzlar) in Kooperation mit der Firma *tempus Akademie & Consulting* (Giengen bei Ulm) sowie einer breiten Allianz aus Unternehmerverbänden, landes- und freikirchlichen sowie anderen christlichen Organisationen. Nach Veranstalterangaben gilt der Kongress als größter zum Thema Wirtschaft und Werte im deutschsprachigen Europa. Ziel sei es, Christen in Führungspositionen zu ermutigen, Verantwortung zu übernehmen und Werte zu leben. Weitere Informationen: www.kcf17.de

INTERNATIONAL

Präsidentenberater am Sabbat nicht erreichbar





Jared Kushner Ivanka Trump
© Fotos: Lori Berkowitz/Wiiimedia Commons, Ali Shaker/VOA/Wikimedia Commons

Silver Spring, Maryland/USA/AR/APD Als Donald Trump am Freitag, den 20. Januar in sein Präsidentenamt eingeführt wurde, waren sein Schwiegersohn Jared Kushner und seine Tochter Ivanka von Freitagabend bis Samstagabend weder per SMS, telefonisch oder per E-Mail erreichbar. Sie feierten ihren wöchentlichen Ruhetag, den Sabbat.

Laut der nordamerikanischen Kirchenzeitschrift Adventist Review (AR) stammt der Geschäftsmann und jetzige "Senior-Berater" des neuen US-Präsidenten, Jared Kushner, aus einer orthodox jüdischen Familie. Ivanka, zweites Kind aus der ersten Ehe von Donald Trump, wuchs in einem christlich presbyterianischen Elternhaus auf und konvertierte 2009 bei ihrer Heirat zum Judentum. Das Paar hat drei Kinder. Der in den Zehn Geboten genannte Sabbat ist nach der Bibel der siebte Tag der Woche. Der Ruhetag, an dem man "keine Arbeit tun" sollte, beginnt am Freitagabend bei Sonnenuntergang und endet bei Sonnenuntergang am Samstag.

Weltweit gibt es etwa 15 Millionen Juden. Die meisten leben in Israel und in den Vereinigten Staaten von Amerika. Zehn bis 15 Prozent von ihnen werden der jüdischen Orthodoxie zugerechnet. Es gibt auch christliche Gemeinschaften, die nicht den Sonntag, sondern den Sabbat als Ruhetag feiern. Die größte von ihnen ist die Freikirche der Siebenten-Tags-Adventisten mit weltweit über 19 Millionen erwachsen getauften Mitgliedern in 215 Ländern.



USA: Adventist spricht beim Nationalen Gebetsfrühstück

Barry Black © Foto: U.S.Government / gemeinfrei

Washington, D.C./USA/EUDNews/AR/APD Der adventistische Pastor und US-Senatsgeistliche Barry Black hat am 2. Februar beim 65. Nationalen Gebetsfrühstück in Washington D.C. als Hauptredner gesprochen. Führende Persönlichkeiten aus der amerikanischen Politik und Öffentlichkeit, darunter auch US-Präsident Donald Trump, sowie internationale Führungspersönlichkeiten, darunter der jordanische König Abdullah II., nahmen daran teil.

Black sprach über die Wichtigkeit einer persönlichen Beziehung zu Gott und rief zum Gebet für die Regierenden auf. Seit 2003 hat Barry Black das Amt des Senatsgeistlichen inne. Er ist der erste Siebenten-Tags-Adventist, der diese Position bekleidet. Vorher diente er als Militärseelsorger. Black ist der zweite Siebenten-Tags-Adventist, der als Hauptredner zum Gebetsfrühstück eingeladen wurde. Zuvor hatte bereits zweimal der Neurochirurg Dr. Benjamin S. Carson, designierter US-Minister für Wohnbau und Stadtentwicklung, beim Gebetsfrühstück gesprochen.

Mehr Friedensstifter werden benötigt



Symposium zur Rolle von Religionen und glaubensbasierten Organisationen bei internationalen Angelegenheiten

© Foto: Adventist Review

Silver Spring, Maryland/USA/AR/APD Am 23. Januar fand im UNO-Gebäude in New York das dritte jährliche Symposium zur Rolle von religiösen und humanitären Organisationen bei internationalen Problemen statt. An der Veranstaltung, die neben zwei anderen Institutionen von der weltweiten Kirche der Siebenten-Tags-Adventisten gefördert wurde, nahmen mehr als 130 Vertreter verschiedener UN-Organisationen sowie von religiösen und anderen Nichtregierungsorganisationen teil.

Dr. Ganoune Diop, Direktor der Abteilung für öffentliche Angelegenheiten und Religionsfreiheit der adventistischen Weltkirchenleitung betonte, dass Frieden "weit mehr" sei als die Abwesenheit von Krieg. Frieden erfordere zwar das Fehlen von Gewalt, aber auch das Vorhandensein von allem, was zur Menschenwürde notwendig sei. Dazu gehörten ebenso "Lebensnotwendigkeiten wie Unterkunft, Nahrung und Arbeit aber auch, dass man ohne Zwang oder Angst leben kann", so Diop.

Opfer von Konflikten - Zahl der Toten nimmt zu

Dr. Jeffrey Haynes, Leiter des Instituts für das Studium von religiösen Konflikten und Zusammenarbeit (Centre for the Study of Religious Conflict and Cooperation, CSRCC) an der London Metropolitan University, stellte in seinem Referat fest, dass Friedensstifter heute mehr gebraucht würden als früher, berichtet die nordamerikanischen Kirchenzeitschrift Adventist Review (AR). Statistiken zeigten, dass im Jahr 2008 weltweit rund 56.000 Menschen an gewaltsamen Auseinandersetzungen gestorben seien. Diese Zahl habe sich im Jahr 2014 auf 125.000 Opfer erhöht. 2015 seien schätzungsweise 180.000 Menschen als direkte Folge von Konflikten umgekommen. Das wäre laut Haynes die höchste Zahl seit dem Völkermord in Ruanda 1994.

Führungsrolle der religiösen und humanitären Organisationen

Laut Adventist Review hätten weitere Referenten des Symposiums den unübersehbaren Beitrag hervorgehoben, den religiöse und humanitäre Organisationen leisten würden. Das betreffe die Vermittlung bei Konflikten aber auch die Mithilfe beim Aufbau starker und stabiler Gesellschaften, was ebenfalls friedensfördernd sei.

Adama Dieng, Sonderberater des UN-Generalsekretärs zur Verhinderung von

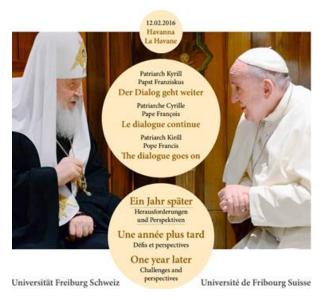
Völkermord, forderte die Zivilorganisationen einschließlich der religiösen auf, die Regierungen bei der Förderung der Menschenrechte zu unterstützen. Sie sollten auch den Schutz der bürgerlichen Rechte einfordern sowie mithelfen, friedliche und integrative Gesellschaften aufzubauen. Der UN-Sonderberater betonte laut Adventist Review den breiten Einfluss religiöser Organisationen in der Gesellschaft und ermutigte sie, eine Führungsrolle bei der Förderung des Friedens zu übernehmen. "Das Handeln eines Einzelnen mag zwar unbedeutend erscheinen", sagte Dieng, "aber gemeinsam können wir bedeutende Schritte in Richtung Frieden vollbringen."

Beiträge der Adventisten zur Förderung von Frieden und Menschenwürde

Die Adventisten hätten praktische und theologische Möglichkeiten, die sie in die öffentliche Diskussion über Friedensstiftung und zur Förderung der Menschenwürde einbringen könnten", informierte Ganoune Diop. "Als weltweit tätige Organisation haben wir eine Reihe von Dienstleistungen - darunter Bildung, spirituelle, gesundheitliche und humanitäre Hilfe-, die dazu beitragen, gesunde Gemeinschaften zu fördern." Alle diese Institutionen und Dienste, so Diop, seien Ausdruck der Bemühungen der Adventisten, das Leben der Menschen zu verbessern und den Wert eines jeden Menschen hervorzuheben.

Organisatoren

Das Symposium wurde organisiert von der Abteilung für öffentliche Angelegenheiten und Religionsfreiheit der adventistischen Weltkirchenleitung, der ressort- übergreifenden UN-Taskforce für das Engagement mit religiösen Organisationen (UN Inter-Agency Taskforce for Engagement with Faith-based Organizations) und dem UN-Büro zur Genozidprävention.



Moskau und Rom wollen gemeinsam mehr für verfolgte Christen tun

© Cover des Flyers zur Tagung des Instituts für Ökumenische Studien in Freiburg/Schweiz Flyer: Universität Fribourg

Bern und Freiburg/Schweiz/poi/CBS KULTUR INFO/APD Der Heilige Stuhl und das Moskauer Patriarchat wollen ihre Zusammenarbeit im Hinblick auf die Situation der verfolgten Christen im Nahen Osten und anderen Weltregionen verstärken. Dies ist ein Ergebnis der Veranstaltung "Der Dialog geht weiter", die am 12. Februar auf Einladung der katholischen Schweizer Bischofskonferenz (SBK) und des Instituts für Ökumenische Studien in Freiburg/Schweiz, eines der Kompetenzzentren der Theologischen Fakultät der dortigen Universität, zum ersten Jahrestag des aufsehenerregenden Treffens

zwischen Papst Franziskus und Patriarch Kyrill I. stattgefunden hat.

Die Hauptreferate wurden von Kardinal Kurt Koch, dem Präsidenten des Päpstlichen Rates für die Einheit der Christen, und Metropolit Hilarion (Alfejew), dem Leiter des Außenamtes des Moskauer Patriarchats, gehalten. Der Vorsitzende der Schweizer Bischofskonferenz, Bischof Charles Morerod, und der orthodoxe Metropolit für die Schweiz, Jeremie (Kaligiorgis), begrüßten die Teilnehmenden. "Der gemeinsame Einsatz für die verfolgten Christen ist das wichtigste, was wir jetzt gemeinsam tun können", betonte Metropolit Hilarion.

Der Leiter des Außenamtes des Moskauer Patriarchates stellte in seinem Referat fest. das Treffen zwischen Papst Franziskus und Patriarch Kyrill am 12. Februar 2016 auf dem Flughafen von Havanna sei sofort zu Recht als "historisch" bezeichnet worden. Denn dieses Treffen habe auch gezeigt, welches Maß an Vertrauen und gegenseitigem Verständnis zwischen den beiden Kirchen bereits erzielt worden sei. Die gemeinsame Erklärung von Papst und Patriarch habe ehrlich von den "Problemen" gesprochen, die es in den Beziehungen zwischen den Kirchen nach wie vor gebe. Mit Bedauern werde in der Erklärung auch festgestellt, dass Katholiken und Orthodoxe seit nahezu tausend Jahren nicht mehr in der Gemeinschaft der Eucharistie vereint seien. Diese Trennung sei "in erster Linie und vor allem" die Konsequenz der menschlichen Schwäche und der Sünde, die gegen den Willen des Erlösers im Hinblick auf die Einheit seiner Jünger gerichtet sei. Daher hätten Papst und Patriarch ihre Hoffnung zum Ausdruck gebracht, dass das Treffen von Havanna zur Wiederherstellung der von Gott gewollten Einheit beitragen möge, so Metropolit Hilarion. Es sei kein Zufall, dass Franziskus und Kyrill die Leiden der Christen im Nahen Osten als "Martyrium" bezeichnet hätten, unterstrich der Leiter des Außenamtes des Moskauer Patriarchats. Denn durch ihr gemeinsames Leiden seien die Märtyrer ein "Unterpfand der Einheit der Christen".

Revival des Christentums in Osteuropa und Russland

Als wichtig bewertete Metropolit Hilarion die Tatsache, dass die gemeinsame Erklärung auf das "Revival" des Christentums in Russland und anderen osteuropäischen Ländern Bezug nehme. Es werde des 100. Jahrestags der Oktober-Revolution gedacht, die den Weg für die Verfolgung der orthodoxen Kirche und der anderen christlichen Konfessionen eröffnet habe. Das Martyrium der Glaubenszeugen habe nicht nur das Wiederaufleben des kirchlichen Lebens begründet, sondern auch die Zusammenarbeit zwischen Orthodoxen und Katholiken.

Fortschritte im Dialog zwischen orthodoxer und römisch-katholischer Kirche

Der Bereich dieser Zusammenarbeit sei in Russland in den letzten 25 Jahren ausgeweitet worden und betreffe heute verschiedene Aspekte des öffentlichen Lebens. Der Leiter des Außenamtes des Moskauer Patriarchats nahm in diesem Zusammenhang auf den Fortschritt des multilateralen theologischen Dialogs zwischen orthodoxer und römisch-katholischer Kirche Bezug und würdigte das bei der 14. Vollversammlung der Kommission für den katholisch-orthodoxen Dialog in Chieti verabschiedete Dokument "Synodalität und Primat im ersten Jahrtausend: Auf dem Weg zu einem gemeinsamen Verständnis im Dienst der Einheit der Kirche". Er hoffe, so Metropolit Hilarion, dass in "nächster Zukunft" auch das Zentralthema der Trennung – Synodalität und Primat in den Kirchen des Ostens und des Westens im zweiten Jahrtausend – angegangen werden könne.

Der machtvolle Aufruf des Papstes und des Patriarchen in Havanna, die Gefahr des

Extremismus gemeinsam zu bekämpfen, habe dann zu den russisch-amerikanischen Verhandlungen über einen Waffenstillstand in Syrien geführt, hob der Metropolit hervor.

Verfolgung der Christen im Nahen Osten gemeinsam bekämpfen

Das Moskauer Patriarchat habe während der vergangenen Monate immer wieder auf die Verfolgung der Christen in der nahöstlichen Region verwiesen und "gemeinsame Anstrengungen" zur Bekämpfung des Terrorismus gefordert. In diesem Zusammenhang nannte Metropolit Hilarion auch die Pastoralreisen von Kyrill I. nach London und Paris, in deren Rahmen es Treffen mit Spitzenrepräsentanten der Regierungen gegeben habe sowie die Solidaritätserklärung des 5. Europäischen Katholisch-Orthodoxen Forums in Paris für die leidenden Christen im Nahen Osten und in anderen Gebieten.

Botschaft von Papst und Patriarch hören und Blutvergießen in der Ukraine beenden

Der Leiter des Außenamtes des Moskauer Patriarchats brachte seine Hoffnung zum Ausdruck, dass die Botschaft von Papst und Patriarch zur Einstellung des Blutvergießens in der Ukraine endlich auch von allen gehört und der Friede in einem Land, "in dem Orthodoxe und Katholiken Seite an Seite leben", wiederhergestellt wird. Dieser Appell sei besonders dringlich, da in jüngster Zeit die Spannungen in der Ostukraine wieder zugenommen hätten, was auch zu Opfern unter der Zivilbevölkerung geführt habe. Sowohl Papst Franziskus als auch Patriarch Kyrill hätten in ihren Grußbotschaften zum 25. Jahrestag der Unabhängigkeit der Ukraine im August die Regierenden des Landes ersucht, alles in ihrer Macht Stehende zu tun, um eine friedliche Lösung für den Konflikt zu finden. Der einzige Weg, um die Konfrontation in der Ukraine zu überwinden, sei die Implementierung der Vereinbarungen von Minsk. Leider müsse man mitansehen, wie das Gegenteil geschehe, so Metropolit Hilarion. Wörtlich sagte der Metropolit weiter: "Es ist unmöglich, den Frieden herzustellen, wenn orthodoxe und griechischkatholische Christen nicht ihre Anstrengungen vereinen, um die historische Feindschaft zu überwinden".

Wieder Kritik an den Unierten

In diesem Zusammenhang kam Metropolit Hilarion allgemein auf die Unierten-Frage zu sprechen. Die Feststellung in der gemeinsamen Erklärung von Havanna, dass die Unionen kein Weg zur Wiederherstellung der Einheit der Kirchen sind, sei eine "wichtige Voraussetzung" für die Wiedergewinnung des Vertrauens von Seiten der orthodoxen Christen gewesen. Die gemeinsame Erklärung habe damit aber nur die Feststellungen des 1993 in Balamand verabschiedeten Dokuments der römisch-katholischorthodoxen Dialogkommission bestätigt. Trotzdem habe die Begegnung zwischen Papst und Patriarch und die Feststellungen über die Ukraine und die Unierten-Frage in der gemeinsamen Erklärung große Irritationen in der ukrainischen griechischkatholischen Kirche ausgelöst: So habe der griechisch-katholische Großerzbischof Swjatoslaw Schewtschuk gesagt, seine Kirche habe mehr als eine Erklärung dieser Art überlebt, sie werde auch diese überleben.

Trotz aller hochrangigen Übereinkünfte werde von Seiten der Unierten "Feindschaft und Hass" gesät, auf dem Weg der Versöhnung zwischen Ost und West würden Hindernisse aufgebaut, bedauerte der Leiter des Außenamtes des Moskauer Patriarchats. Daher müsse die begonnene, aber im Rahmen des theologischen Dialogs zwischen römisch-katholischer und orthodoxer Kirche nicht abgeschlossene Diskussion über die Unierten-Frage weitergeführt werden. Orthodoxe und Katholiken müssten erkennen, dass die althergebrachte Haltung auf der Basis von Rivalität und

"Seelenfang" angesichts der Herausforderungen für die Kirchen brüderlicher Zusammenarbeit Platz machen müsse. Denn unter dem Vorwand der Förderung von Toleranz, Demokratie und liberalen Werten seien das Christentum und die traditionellen moralischen Werte einer tatsächlichen Verfolgung ausgesetzt. Metropolit Hilarion nannte u.a. ausdrücklich den Trend, "andere Formen des Zusammenlebens" auf dieselbe Ebene wie die traditionelle Familie zu stellen, sowie das "schreckliche Problem der Abtreibung". In Russland sei 1920, bald nach der antireligiösen Revolution, die Abtreibung erstmals legalisiert worden; heute werde pro Jahr in der Russischen Föderation rund einer Million ungeborener Kinder das Leben genommen. Um dieser inakzeptablen Praxis ein Ende zu bereiten, reichten gesetzliche Verbote aber nicht aus, vielmehr müsse in den Herzen der Menschen die Idee zurückgewiesen werden, dass es möglich sei, ein ungeborenes Kind zu töten.

Sich gegenseitig nicht als Konkurrenten sondern als Geschwister sehen

Im Hinblick auf die praktische Zusammenarbeit zwischen römisch-katholischer und russisch-orthodoxer Kirche hob Metropolit Hilarion u.a. die Wallfahrten von Katholiken und Orthodoxen in das jeweils andere Kirchengebiet und den Studentenaustausch im theologischen Bereich hervor. Diese regelmäßigen Kontakte würden den Gläubigen beider Kirchen helfen, einander nicht als Konkurrenten, sondern als Geschwister zu sehen und zu lernen, miteinander in "Frieden, Liebe und Harmonie" zu leben. Das sei der einzige Weg, damit Orthodoxe und Katholiken bei der Verkündigung der "guten Nachricht der Erlösung" brüderlich zusammenarbeiten können. Die gemeinsame Erklärung von Papst und Patriarch sei nicht nur ein "Zeichen des Fortschritts in den Beziehungen zwischen den beiden Kirchen" gewesen, sondern sie habe auch – was noch viel wichtiger sei - den Weg für die weitere Entwicklung dieser Beziehungen aufgezeigt.

Copyright © Christian B. Schäffler (CBS KULTUR INFO) 2017. Mit News-Input der Stiftung Pro Oriente (poi), Wien.

Loma Linda Universität eröffnet Institut für Weltreligionen



© Foto: Adventist Review



Podiumsdiskussion bei der Eröffnung des Zentrums © Foto: Adventist Review

Loma Linda, Kalifornien/USA/APD Die adventistische Loma Linda Universität in Kalifornien hat am 28. Januar das "William Johnsson Institut für Weltreligionen" eröffnet.

Mit der Namensgebung werden die langjährigen Aktivitäten von William G. Johnsson gewürdigt, der in der Kirche der Siebenten-Tags-Adventisten den respektvollen zwischenkirchlichen und interreligiösen Dialog gefördert hat. Das neue Institut plant vorerst jährlich zwei Veranstaltungen durchzuführen, bei denen es um das Kennenlernen einer Religion geht, deren Anhänger auch bei der Loma-Linda-Universität angestellt sind, berichtet die nordamerikanische Kirchenzeitschrift Adventist Review.

William Johnsson war sieben Jahre Berater für zwischenkirchliche und interreligiöse Beziehungen von Jan Paulsen, dem damaligen Präsidenten der Generalkonferenz (Weltkirchenleitung) der Siebenten-Tags-Adventisten. Davor war er viele Jahre Chefredakteur der Kirchenzeitschrift *Adventist Review*. Der Autor von mehr als 25 Büchern und über eintausend Artikeln lebt seit 2014 in Loma Linda im Ruhestand und ist an der Universität Lehrbeauftragter für Religion. Johnsson stammt aus Australien und promovierte in Theologie.

"Dr. Johnssons Wissen und Leidenschaft für die Weltreligionen sind von unschätzbarem Wert für unseren Campus", sagte Richard H. Hart, Rektor der Loma Linda Universität. Die zentrale Aufgabe einer Universität bestehe darin, den Austausch unterschiedlicher Ideen zu fördern, so Jon Paulien, Dekan des Fachbereiches Religion an der Universität. Dazu gehöre auch andere religiöse Auffassungen verstehen zu lernen.

Bei den zwei Veranstaltungen pro Jahr, die in der ersten Phase als Aktivität des Instituts geplant seien, gehe es laut Paulien nicht nur um die theoretische Auseinandersetzung mit einer anderen Religion. Es sollen dabei auch Angehörige dieser Religion zu Wort kommen; unter anderem auch solche, die als Angestellte der Loma Linda Universität und in den dazugehörenden medizinischen Einrichtungen arbeiteten.

Eröffnungsfeier

Bei der Eröffnungsfeier des Instituts rezitierte Nahidh Hasaniya, Privatdozent an der medizinischen Fakultät in Loma Linda, einen Text aus dem Koran, der von Professor Shamel Abd-Allah, ebenfalls Mediziner, übersetzt wurde. Jihad Turk, Präsident des Bayan Claremont Seminars, das muslimische Gelehrte und Imame ausbildet, referierte zum Thema: "Warum ich Muslim bin". Zwei weitere Professoren der Loma Linda Universität, Mahmoud Torabinejad, zahnmedizinische Fakultät und Eba Hathout, medizinische Fakultät, sprachen zum Thema: "Wie es ist, als Muslim an der Loma Linda Universität zu sein." Bei der anschließenden Podiumsdiskussion tauschten sich Studenten und Professoren darüber aus, wie sich Christen und Muslime gegenseitig besser verstehen können.

Loma Linda Universität

Die Loma Linda Universität wurde 1905 von der Kirche der Siebente-Tags-Adventisten als medizinische Hochschule gegründet. Im Herbst 2016 waren dort 4.444 Studierende eingeschrieben, die von 1.478 Vollzeit-Mitarbeitenden betreut werden. An der Bildungsstätte sind 132 verschiedene Abschlüsse möglich. Die Universität hat die acht Fachbereiche Heilberufe (Allied health professions), Verhaltensgesundheit (Behavioral health), Zahnmedizin, Humanmedizin, Krankenpflege, Pharmazie, Volksgesundheit und Religion. Zur Hochschule gehören sechs Universitätskliniken.

Mehr Informationen über die Loma Linda University: www.home.llu.edu

Niederländische Kirchen fordern "sportlichen" Wahlkampf



Die Niederlande in Europa

© Bild: NuclearVacuum/Wikimedia Commons

Amersfoort/Niederlande/APD Der Rat der Kirchen in den Niederlanden hat in einer "Botschaft" zur Parlamentswahl am 15. März einen informativen und erhellenden Wahlkampf gefordert. Auch bei heftig geführten Debatten gelte es "sportlich" zu bleiben. Die Wähler werden aufgefordert die Politiker kritisch zu anzuhören.

Den richtigen Ton wählen

Etwa 13 Millionen Niederländer sind am 15. März aufgerufen, die 150 Abgeordneten der "Zeiten Kammer der Generalstaaten" zu wählen. Das Wahlrecht sei ein kostbares Gut und ein wertvoller Aspekt der Freiheit, mit dem es gelte vorsichtig und sorgsam umzugehen, so der Rat der Kirchen. "Es wäre bedauerlich, wenn die Form den Inhalt ersetzen würde." Das könne geschehen, wenn Verrohung und der Mangel an Respekt vor dem Gegner so viel Aufmerksamkeit auf sich ziehen würden, dass der Inhalt verloren gehe. Die Parteien und Politiker werden deshalb aufgefordert, "den Ton zu wählen der einer guten argumentativen Debatte angemessen ist". Qualitativ starke Argumente hätten Überzeugungskraft. Schlagworte und Effekthascherei lenkten vom Inhalt ab.

Der Rat wendet sich auch an die "wachsende Gruppe unserer Landsleute", die das Gefühl hätten, keinen Zugang zu den Autoritäten und Politikern zu haben. Trotz deren Frustration und Ärger wollten die Kirchen weiterhin in Solidarität und Verbundenheit mit ihnen Anwalt dieser Menschen und ihrer Gefühle sein und deren Stimme verstärken.

Eine neue Zweite Kammer

Die Kirchen hofften auf eine neue Zweite Kammer, die nicht in erster Linie von Vertretern mit Eigeninteressen bestimmt würden, sondern von "Volksvertretern im wahren Sinn des Wortes". Der Rat habe Respekt vor "mutigen Politikern", die bereit zur konstruktiven Gestaltung wären, ob in der Regierung oder in der Opposition. Es gehe nicht um kurzfristige Interessen von Gruppen, sondern um die Werte, "auf denen unsere Gesellschaft als Ganzes aufgebaut ist". Dabei gehe es unter anderem um Freiheit im Allgemeinen, Religionsfreiheit, Meinungsfreiheit, die Achtung der Privatsphäre und der Sicherheit, aber auch Solidarität, Gastfreundschaft und ein soziales Verhalten. All dies sollte im Mittelpunkt stehen, "wenn die wirklich langfristigen Probleme wahrgenommen werden". Das gelte auch für Europa und die ganze Welt,

von der die Niederlande ein Teil ausmachten.

Der Kirchenrat

Der Rat der Kirchen in den Niederlanden wurde 1968 gegründet und hat seinen Sitz in Amersfoort. Mitgliedskirchen sind die Alt-katholische Kirche, die Anglikanische Kirche, die Allgemeine Mennonitische Sozietät, die Heilsarmee, die Koptisch-Orthodoxe Kirche, die Syrisch-Orthodoxen Kirche, der Bund der Freien Evangelischen Kirche, die Religiöse Gesellschaft der Freunde (Quäker), die Remonstrantische Bruderschaft, die Evangelische Brüdergemeinde, die Orthodoxe Kirche und die Neuapostolische Kirche. Zu den assoziierten Mitgliedern zählen die Basisbewegung von kritischen Gruppen und Gemeinden in den Niederlanden, die Kirche der Siebenten-Tags-Adventisten und die Freie Glaubensgemeinschaft (NPB).

Parlament mit zwei Kammern

Die 150 Abgeordneten der Zweiten Kammer des Parlaments werden in den Niederlanden alle vier Jahre vom Volk gewählt. Sie ist das eigentliche Gesetzgebungsorgan, während die Erste Kammer, auch Senat genannt, Gesetzentwürfe nur bestätigen oder ablehnen kann. Die 75 Senatoren werden ebenfalls alle vier Jahre von den Provinzparlamenten gewählt.

Norwegen: Vereinigung adventistischer Gesundheitsfachleute gegründet



SAHA-Vorstand - Vereinigung adventistischer Gesundheitsfachleute in Norwegen © Foto: Tor Tjeransen/ADAMS

Royse/Norwegen/APD Junge Erwachsene haben auf einer Tagung von 150 Gesundheitsfachleuten und Pastoren am 5. Februar in Oslo/Norwegen die Vereinigung adventistischer Gesundheitsfachleute in Norwegen gegründet (Syvendedags Adventistenes Helsearbeiderforening, **Bericht** SAHA). Laut einem Kommunikationsabteilung der Adventisten in Norwegen Zusammenarbeit von Gesundheitsfachleuten und Pastoren gefördert werden, um den Bedürfnissen der Menschen in den jeweiligen Gemeinwesen besser entsprechen zu können.

Demnach gehe es den Ärzten, Physiotherapeuten, Ernährungsberatern, dem Pflegepersonal und den Pastoren darum, mit höchsten ethischen Standards Behandlungen und Gesundheitswissen weiterzugeben sowie den Menschen und deren Bedürfnissen zu dienen. Als Jesu Nachfolger gehe es schlicht darum, den Menschen und ihren gesundheitlichen Bedürfnissen zu dienen, ohne anderweitige versteckte Motive.

"Es ist wichtig, dass wir uns nicht unlauter verhalten, wenn wir bedürftigen Menschen Maßnahmen im Gesundheitsbereich anbieten", sagte Dr. Peter Landless, Direktor der Gesundheitsabteilung der adventistischen Weltkirchenleitung, Silver Spring, Maryland/USA. Adventistisches medizinisches Personal solle ohne weitere Bedingungen dienen, so Landless. "Was wir machen, tun wir, weil es das Richtige ist und Jesus es uns geboten hat."

"Ich bin wirklich dankbar für die Hingabe des hochqualifizierten medizinischen Fachpersonals unserer Kirche", sagte Pastor Reidar Kvinge, Präsident der Siebenten-Tags-Adventisten in Norwegen. Die neu gegründete Vereinigung werde helfen, den Menschen in den jeweiligen Gemeinwesen wirksamer zu dienen.

Adventisten in Norwegen

In Norwegen (5,2 Millionen Einwohner) feiern 4.556 Adventisten in 62 Kirchgemeinden jeweils samstags den Gottesdienst. Die Adventisten in Norwegen unterhalten ein Gymnasium, ein Gesundheits- und Rehabilitationszentrum, ein Altersheim, einen Verlag sowie ein Radiostudio. Die Adventistische Entwicklungs- und Katastrophenhilfe ADRA Norwegen hat laut Jahresbericht 2014 rund 3,8 Millionen Euro für Projekte und Betrieb aufgewendet.

Argentinien: Adventistische Kirchenleiter zurückgetreten



Bibliotheksgebäude der River Plate Adventist University, Entre Ríos, Argentinien © Foto: lago Alonzo/churchphoto.de

Sandy, Oregon und Roseville, Kalifornien/USA/APD Laut Adventist Today und SPECTRUM, zwei unabhängigen adventistischen Zeitschriften in den USA, sind der Präsident, der Finanzvorstand sowie der Rechtsvertreter der adventistischen

Kirchenleitung in Argentinien sowie der Präsident der River Plate Adventist University und deren stellvertretender Direktor für Weiterentwicklung zurückgetreten. Die argentinischen Behörden würden ihnen vorwerfen, dass sie falsch deklarierte, hochwertige Elektronikgeräte einführen wollten, die als gebrauchte, gespendete Gegenstände für die River Plate Adventist University gekennzeichnet gewesen seien.

Infobae, ein Online-Newsservice in Argentinien, sowie die Zeitung La Nacion hätten am 17. Februar Berichte über Anschuldigungen gegen adventistische Kirchenleiter veröffentlicht. Es werde berichtet, dass Zollbeamte im Juli 2016 Container von gespendeten Gegenständen öffneten, der für die River Plate Adventist University bestimmt waren. Darin hätten sie hochwertige Elektronikgeräte gefunden, die falsch deklariert gewesen seien, um die Einfuhrzölle zu umgehen.

Am 17. Februar habe Pastor Carlos Gill Krug, Kirchenleiter der Adventisten in Argentinien (Verband/Union) ein Video auf Facebook und YouTube veröffentlicht, in dem er die Sachlage schilderte. Er sagte, dass die Kirche die von einem Richter eingereichten Anklagen bestreiten würde, weil sie "Auslassungen", "Übertreibungen" und ungenaue Informationen enthielten. Gill Krug erklärte auch, dass Pastor Jorge de Sousa Matias, Vizepräsident für Weiterentwicklung an der River Plate Adventist University und Universitätsdirektor Dr. Oscar Ramos bereits zurückgetreten seien. Er informierte, dass sowohl die argentinische Kirchenleitung als auch die teilkontinentale Kirchenleitung der Adventisten in Südamerika (Südamerikanische Division) Ausschüsse bestellt hätten, um die Situation zu untersuchen. Das Video sei nach einem Tag wieder entfernt worden.

Erklärung der adventistischen Kirchenleitung

Am 22. Februar habe die adventistische Kirchenleitung in Argentinien laut Adventist Today und SPECTRUM eine Erklärung veröffentlicht. In der Erklärung schreibe die argentinische Kirchenleitung, dass sie diese Situation zutiefst bedaure. Die Kirche halte ethische und moralische Werte auf Grundlage der Bibel hoch, zu denen auch die Einhaltung von Gesetzen eines Landes gehöre. Sie bekräftige ihre Zusammenarbeit mit den Behörden.

Kirchenpräsident Carlos Gill Krug, Finanzvorstand Carlos Giménez Graf sowie der Rechtsvertreter der adventistischen Kirchenleitung in Argentinien, Roberto Giaccarini, ebenfalls zurückgetreten. Der Exekutivausschuss der überregionalen argentinischen Kirchenleitung habe einen neuen Präsidenten und Finanzvorstand gewählt: Dr. Darío Caviglione, bisher Präsident der regionalen Kirchenleitung in Zentral-Argentinien wurde zum neuen Präsidenten der Adventisten in Argentinien gewählt und Raúl Kahl, bisher Finanzvorstand der regionalen Kirchenleitung im Süden von Argentinien, wurde zum neuen Finanzvorstand ernannt.

Adventisten in Argentinien

In Argentinien (mit geschätzt rund 44 Millionen Einwohnern) leben mehr als 150.000 Adventisten. Es gibt mehr als tausend Kirchgemeinden, sowie eine Universität, die 400 Kilometer nördlich von Buenos Aires liegt, ein College, 15 Sekundarschulen, drei Krankenhäuser und sechs Radiosender.

Frankreich: Adventisten eröffnen "Internationales Zentrum für Religionsfreiheit und öffentliche Angelegenheiten



Botschafter Ibrahim Salama (zweiter von links) und Ganoune Diop (rechts daneben) eröffnen das Zentrum © Foto: C. Alvarenga

Collonges-sous-Salève/Frankreich/APD Am 4. Februar wurde in Collonges, auf dem "Campus Adventiste du Salève" der adventistischen Hochschule in Frankreich, das erste Internationale Zentrum für Religionsfreiheit und öffentliche Angelegenheiten der Adventisten eingeweiht.

Nach Angaben von *Campus Adventiste* haben Botschafter Ibrahim Salama, Direktor der Abteilung für Verträge im Zusammenhang mit Menschenrechten am Büro des Hochkommissariats für Menschenrechte der UNO in Genf, und Dr. Ganoune Diop, Direktor der Abteilung für öffentliche Angelegenheiten und Religionsfreiheit der adventistischen Weltkirchenleitung mit Sitz in Silver Spring, Maryland/USA, das Zentrum eröffnet. Geleitet wird das neue Zentrum durch Dr. John Graz, der von 1995 bis 2015 die Funktion von Ganoune Diop inne hatte und nun den aktiven Ruhestand im französischsprachigen Teil der Schweiz verbringt.

Jean-Philippe Lehmann, Direktor des "Campus Adventiste du Salève" führte in der Eröffnungsansprache die historischen und geographischen Gründe an, die zur Einrichtung des Zentrums in Collonges geführt hatten. So habe der Adventist Dr. Jean Nussbaum 1946 in Paris die Internationale Vereinigung zur Verteidigung und Förderung der Religionsfreiheit (Association internationale pour la défense de la liberté religieuse, AIDLR) gegründet und ein anderer Adventist, Jean Weidner, niederländischer Geschäftsmann und Diplomat, habe im Zweiten Weltkrieg das Fluchtnetzwerk Dutch-Paris gegründet und mehr als 1.000 verfolgte Menschen aus dem besetzten Westeuropa gerettet. Sein Vater hatte auf dem Campus Adventiste du Salève unterrichtet. Aus geographischer Sicht sei die Nähe zu Genf wichtig, da die Stadt ein Zentrum der Reformation gewesen und der Sitz vieler internationaler Organisationen nicht zuletzt im Bereich der Verteidigung der Menschenrechte sei, so Lehmann.

Ganoune Diop sagte bei der Eröffnung, dass die Religionsfreiheit die erste aller Freiheiten sei. Sie schließe die Gedanken-, Wahl- und Gewissensfreiheit sowie die Freiheit zur Meinungsäußerung ein. Menschenrechte seien ineinandergreifend und unteilbar.

Das Internationale Zentrum für Religionsfreiheit und öffentliche Angelegenheiten werde Forschung befördern, Publikationen veröffentlichen, Veranstaltungen organisieren und zur Ausbildung der Studenten beitragen.

SOZIALES & ENTWICKLUNG

ADRA-Großbritannien und Freiwillige schließen Paket-Aktion in Ghana ab



Kinder mit Geschenk-Paketen

© Foto: Seventh-day Adventist Church Headquarters, Stanborough Park

Watford/Vereinigtes Königreich/APD Im Februar reisten 12 Freiwillige mit einem kleinen Team der Adventistischen Entwicklungs- und Katastrophenhilfe ADRA-Großbritannien nach Ghana, um in der Hauptstadt Accra tausende von Geschenk-Paketen zu verteilen. Wie die überregionale Kirchenleitung der Siebenten-Tags-Adventisten in Großbritannien mit Sitz in Stanborough Park/Watford berichtete, kamen die Spenden von Mitgliedern der Freikirche.

Die Pakete enthielten Dinge, von denen Kinder in Ghana besonders profitierten oder die sie schätzten, wie beispielsweise Schultaschen, Schuhe, Spielzeug oder Handtücher. Die Mitarbeiter verteilten die Geschenk-Pakete in knapp 50 Schulen in Accra, die in Zusammenarbeit mit den Schulbehörden vor Ort ausgewählt wurden. "Die Kinder, die von den Geschenken profitierten, kommen aus ärmlichen Verhältnissen", berichtete Bert Smit, Geschäftsführer von ADRA-Großbritannien, "und die Geschenke sind mit großer Freude entgegengenommen worden. Ein interessanter ,Nebeneffekt' dieses Teils des Projektes ist, dass jetzt mehr Kinder zur Schule gehen möchten, weil sie hoffen eines Tages auch einmal ein solches Geschenk zu bekommen."

ADRA Deutschland unterstützt Nothilfekoordinatoren in Südpazifik-Region



ADRA Nothilfekoordinatoren sollen helfen, besser auf Krisen vorbereitet zu sein © Foto: Adventist Record

Wahroonga, NSW/Australien/AR/APD Zum ersten Mal wird die international tätige adventistische Entwicklungs- und Katastrophenhilfe ADRA Nothilfekoordinatoren als Vollzeitkräfte für die Länder Fidschi, Vanuatu, Papua-Neuguinea, Samoa und die Salomoninseln einstellen. Dies berichtete die australische Kirchenzeitschrift Adventist Record (AR).

Diese Stellen sollen helfen, besser auf Krisen vorbereitet zu sein sowie das Notfall-Management der ADRA-Niederlassungen in den genannten Ländern stärken. Sie wurden finanziell von den ADRA-Niederlassungen in Australien, Neuseeland und Deutschland sowie der teilkontinentalen Kirchenleitung der Siebenten-Tags-Adventisten in der Südpazifik-Region unterstützt.

"ADRA arbeitet sehr eng mit der Kirche zusammen, um auf Katastrophen zu reagieren. Wenn uns die Menschen brauchen, sind wir bereits da, und diese Stellen werden unsere Reichweite sogar noch erhöhen", so Mark Webster, Geschäftsführer von ADRA Australien gemäß Adventist Record. "Unsere Botschaft lautet: Wartet nicht, bis es zu spät ist." Vorbereitung sei von zentraler Bedeutung die Auswirkungen einer Krise abzuschwächen, so Webster.

Pazifische Inselregion besonders anfällig

Nach Angaben der Deutschen Gesellschaft für Internationale Zusammenarbeit sind die pazifischen Inselstaaten besonders anfällig für die negativen Auswirkungen des Klimawandels. Bereits heute litten die Bewohner vieler Inseln unter extremen Wetterereignissen wie Wirbelstürmen, Dürren. starken Regenfällen und Überschwemmungen.

El Salvador: Adventisten helfen bei Alphabetisierung der Bevölkerung



Teilnehmende mit Abschlusszertifikaten bei der Graduierungsfeier in der Adventgemeinde © Foto: Fabricio Rivera/IAD

Silver Spring, MD/USA/ANN/APD Die Kirche der Siebenten-Tags-Adventisten in El Salvador feierte vor kurzem das zehnjährige Bestehen ihres Alphabetisierungs-Programms. Wie Adventist News Network (ANN) mitteilte, können knapp elf Prozent der über 15-Jährigen in El Salvador nicht lesen und schreiben.

"Heute ist ein historischer Tag für unsere adventistische Kirche, denn viele Wunschträume bezüglich der Alphabetisierung von Erwachsenen in unserem Land sind erfüllt worden", so der Präsident der Siebenten-Tags-Adventisten in El Salvador, Pastor Abel Pacheco. Über 500 Personen erhielten in der Zentral-Adventgemeinde in San Salvador bei einer speziellen Feier am 17. Januar ihr Abschlusszertifikat. Das Alphabetisierungs-Programm dauert acht Monate und wird in kleinen Klassen von ehrenamtlichen Lehrern und Lernbegleitern durchgeführt. Die Teilnehmer bestünden zu mehr als 80 Prozent aus älteren Erwachsenen, so Pacheco. Im Schnitt hätten rund 2.500 Personen das Programm jährlich absolviert.

Die Verantwortliche für Erwachsenenbildung im Bildungsministerium von El Salvador, Angelica de Paniagua, dankte der Freikirche und den Ehrenamtlichen für ihren Beitrag im Kampf gegen den Analphabetismus im Land. Nach Angaben des Bildungsministeriums lag die Analphabeten-Rate der über 15-Jährigen im Jahr 2015 bei 10,83 Prozent. Das Bildungsministerium stellt Lehrbücher und Schulmaterialien, Gemeinschaftsräume, Schulen und Lernbegleiter, während die Freikirche der Siebenten-Tags-Adventisten ebenfalls Versammlungsräume wie Kirchengebäude und Schulen sowie Freiwillige an mehreren Tagen pro Woche zu Verfügung stellt. In El Salvador gibt es mehr als 198.700 Siebenten-Tags-Adventisten, die sich in 757 Kirchengemeinden treffen.

Adventisten begegnen Flüchtlingen auf Lampedusa



Flüchtlinge auf Lampedusa

© Foto: EUDNews

Bern/Schweiz/EUDNews/APD Eine kleine Delegation von Verantwortlichen der Freikirche der Siebenten-Tags-Adventisten in Italien hat die Mittelmeer-Insel Lampedusa und ein Flüchtlingsprojekt in Castel Volturno/Italien besucht, um sich über Möglichkeiten zur Mitarbeit und Hilfe bei der Flüchtlingsarbeit zu informieren.

Dag Pontvik, Geschäftsführer der Adventistischen Entwicklungs- und Katastrophenhilfe (ADRA) Italien, Paolo Mariotti, Kameramann beim adventistischen Fernsehsender Hope Channel Italien, Daryl Gungadoo, Techniker für Adventist World Radio (AWR) Europa und Corrado Cozzi, Abteilungsleiter für Kommunikation der teilkontinentalen Kirchenleitung der Siebenten-Tags-Adventisten in West- und Südeuropa (EUD), evaluierten vom 30. Januar bis zum 1. Februar 2017 die Flüchtingssituation auf der Insel Lampedusa. Vor Ort engagierten sich bereits viele Regierungs- und Nicht-Regierungs-Organisationen, wie beispielsweise die Freiwilligen-Organisation Mediterranean Hope.

"Es ist nicht nötig hierher zu kommen", so Alberto Mollardo, Mit-Geschäftsführer von Mediterranean Hope. Was wirklich zähle sei die Aufnahme, die diese Flüchtlinge in den Zielländern ihres Aufbruchs erhalten. Auch Don Carmelo La Magra, Priester der römisch-katholischen Kirche auf Lampedusa, bestätigt diese Einschätzung. "Hier auf Lampedusa bekommen die Jugendlichen (wie wir die Flüchtlinge bezeichnen) spirituellen und materiellen Beistand." Viele seien von der Flucht traumatisiert. Die jungen Leute bekämen auch die Möglichkeit, mit ihren Familien und Freunden Kontakt per Computer aufzunehmen.

Am 3. und 4. Februar reiste die Delegation weiter auf das Festland, um dort ein ADRA-Projekt zu besuchen, das sich in Zusammenarbeit mit der Organisation Al di là dei Sogni zur Aufgabe gemacht hat, Flüchtlingen die Möglichkeit zu bieten, einen Beruf zu erlernen, den sie nach ihrer Rückkehr in ihrer Heimat ausführen können. "Wir würden gerne noch so viel mehr machen", fasste Corrado Cozzi seine Eindrücke zusammen.

Slowenien: ADRA unterstützt Flüchtlinge in Griechenland



Danilo Türk © Foto: tedNEWS

Albans/England/tedNEWS/APD Die adventistische Entwicklungs-Katastrophenhilfe ADRA Slowenien startete aufgrund des kalten Winters das Hilfsprogramm "Let's warm them!" ("Lasst uns sie wärmen!") für die Flüchtlingsarbeit in Griechenland. In drei Wochen wurden dafür mehr als 20.000 Euro gesammelt. Wie die Kommunikationsabteilung der teilkontinentalen Kirchenleitung der Siebenten-Tags-Adventisten in Nord- und Südosteuropa (tedNEWS) mitteilte, würden noch weitere Spenden eingehen.

Die außergewöhnlich kalten Temperaturen in Europa hätten viele Opfer gefordert, so tedNEWS. Aufgrund dessen sammelte die adventistische Entwicklungs- und Katastrophenhilfe ADRA Slowenien für Flüchtlinge in Griechenland Kleidung, Schuhe und Beheizung. Dieses Projekt wurde von mehreren prominenten Persönlichkeiten unterstützt, darunter der ehemalige slowenische Staatspräsident Danilo Türk, das Europaparlamentsmitglied Ivo Vajgl und Nikolas Protonotarios, griechischer Botschafter in Slowenien.

"Das Projekt ,Let's warm them!" ist eine wertvolle humanitäre Initiative", so Danilo Türk. "Darüber hinaus erinnert es uns auch daran, dass wir als Bürger der Europäischen Union eine Chance haben, etwas Gutes für die Armen am anderen Ende unserer gemeinsamen europäischen Heimat zu tun." Nach Europaparlamentsmitglied Vajgl sei es wichtig, die Ursachen und nicht nur die Konsequenzen dieser humanitären Krise zu bekämpfen. Er begrüßte die slowenische Initiative, weil diese die Solidarität stärke, einen Grundwert der europäischen Union.

Situation vor Ort

Das Wetter sei nach Angaben von tedNEWS weiter sehr kalt und die Infrastruktur belastet, mit Ausfällen der Wasser- und Stromversorgung. Einige Flüchtlingslager seien in der letzten Zeit auf internationalen Druck hin bereits vorübergehend evakuiert worden, doch viele Flüchtlinge seien noch in Lagern. Zwei Freiwillige von ADRA Slowenien arbeiten als Teil eines Nothilfeteams bereits in Griechenland, welches von der griechischen Regierung unterstützt wird. Sie hätten bereits warme Kleidung im Flüchtlingslager in Nea Kevala Polykastro verteilt und einem anderen Lager warme Schuhe. Weitere Informationen unter: www.adra.si



Adventistisches Aktionsbündnis "Gemeinsam für Flüchtlinge" zieht Bilanz

© Cover: Aktionsbündnis "Gemeinsam für Flüchtlinge

Weiterstadt bei Darmstadt/APD Das 2015 gegründete Aktionsbündnis Gemeinsam für Flüchtlinge der Adventistischen Entwicklungs- und Katastrophenhilfe ADRA Deutschland, des Advent-Wohlfahrtswerks (AWW), der Freikirche der Siebenten-Tags-Adventisten in Deutschland und der Theologische Hochschule Friedensau hat im Februar Zwischenbilanz seiner Arbeit gezogen. Bis Ende Januar 2017 sind bundesweit 42 Projekte für Geflüchtete mit einem Gesamtumfang von 145.309 Euro finanziell gefördert worden.

Die inhaltliche Ausrichtung der Mehrzahl dieser Projekte liege im Angebot von Sprachkursen, Lotsendiensten sowie Begegnungstreffen und würden von Flüchtlingen gerne wahrgenommen, berichtete Pastor Michael Götz, Bundesbeauftragter für Flüchtlingshilfe Fördermittel des AWW. Die kämen überwiegend Spendeneinnahmen des Aktionsbündnisses Deutschland Hilft und würden über ADRA-Deutschland an die Projektgruppen ausgereicht. Inzwischen seien etwa 80 Initiativen entstanden, in denen sich Adventisten in eigenen Projekten oder in lokalen Netzwerken für geflüchtete Menschen und deren Integration in die Gesellschaft einsetzten, so Götz.

Einsatz und Vorbehalte

Neben beachtlichen ehrenamtlichen Engagement beobachte dem Aktionsbündnis Gemeinsam für Flüchtlinge auch innerhalb von adventistischen Kirchengemeinden Tendenzen, die von Skepsis gegenüber Fremden geprägt seien und von der Sorge, dass durch die Zuwanderung die eigene Kultur und die eigenen religiösen Überzeugungen bedroht seien, teilte Götz mit. Aufgrund dieser Wahrnehmung habe das Aktionsbündnis der Kirchenleitung der Siebenten-Tags-Adventisten Deutschland empfohlen, den Kirchengemeinden in Orientierungshilfe zur theologischen Vergewisserung und ethischen Orientierung angesichts von Flucht und Migration zur Verfügung zu stellen und Angebote zur gesellschaftspolitischen Bildung zu unterbreiten. Weitere Informationen: www.gemeinsamfürflüchtlinge.de

KULTUR

"Effektive Leitung ist die Frucht der Rechtfertigung"

Indischer Sozialreformer spricht über die Bedeutung der Bibel und der Reformation



Vishal Mangalwadi auf dem Führungskongress

© Foto: Jens Mohr/APD

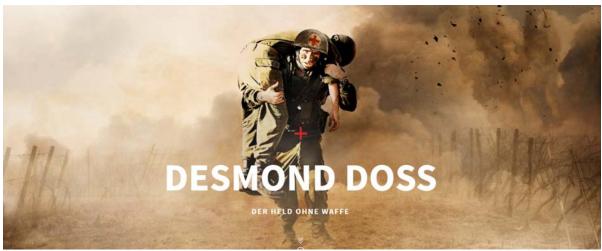
Nürnberg/APD Im Rahmen der Eröffnungsveranstaltung des zehnten Kongresses christlicher Führungskräfte in Nürnberg hat der indische Philosoph und Sozialreformer Vishal Mangalwadi die Bedeutung der Bibel und der Reformation für Bildung, Nationalstaatlichkeit und Demokratieverständnis in der Moderne betont. Mangalwadi rief dazu auf, das Wort Gottes nicht abzulehnen, sondern zu befolgen.

"Effektive Leitung, die die Welt verändert und verwandelt, diese Führung ist die Frucht der Rechtfertigung", so Professor Dr. Vishal Mangalwadi. In seiner Ansprache zeichnete er die Bedeutung der Rechtfertigung durch Glauben allein aus der Gnade Gottes anhand biblischer Personen wie Mose, Abraham und Paulus nach. Dieses Konzept habe durch Luther und die Reformation positiv verändernde Kraft in Bereichen wie Bildung, Nationalstaatlichkeit und Demokratieverständnis im internationalen Rahmen bis in die moderne 7eit hinein entfaltet.

Kongress christlicher Führungskräfte

Zum zehnten Kongress christlicher Führungskräfte, der dieses Jahr vom 23. bis 25. Februar in Nürnberg stattfand, reisten rund 2.900 Teilnehmende aus 20 Ländern an. Veranstalter war die Evangelische Nachrichtenagentur idea (Wetzlar) in Kooperation mit der Firma tempus Akademie & Consulting (Giengen bei Ulm) sowie einer breiten Allianz aus Unternehmerverbänden, landes- und freikirchlichen sowie anderen christlichen Organisationen. Nach Veranstalterangaben gilt der Kongress als größter zum Thema Wirtschaft und Werte im deutschsprachigen Europa. Ziel sei es, Christen in Führungspositionen zu ermutigen, Verantwortung zu übernehmen und Werte zu leben. Weitere Informationen: www.kcf17.de

Film "Hacksaw Ridge – Die Entscheidung" über Adventist Desmond Doss erhält 2 Oscars



© Grafik: www.desmonddoss.de

Los Angeles/USA/APD Bei der 89. Oscar-Verleihung am 26. Februar im Dolby Theatre, Los Angeles, erhielt das Kriegsdrama "Hacksaw Ridge – Die Entscheidung" von Regisseur Mel Gibson zwei Oscars. Der Film wurde in den Kategorien "Bester Schnitt" (John Gilbert) und "Bester Ton" (Kevin O'Connell, Andy Wright, Robert Mackenzie und Peter Grace) ausgezeichnet. Weltweit hatte "Hacksaw Ridge" bereits mehrfach Auszeichnungen erhalten.

Am 26. Januar 2017 lief "Hacksaw Ridge" in den deutschen Kinos an. Der Film stellt das Leben des Siebenten-Tags-Adventisten Desmond Doss (1919-2006) wahrheitsgetreu dar, der als US-Soldat im Zweiten Weltkrieg aus Glaubengründen seinen Militärdienst als unbewaffneter Sanitäter ableistete. Für seinen heldenhaften Einsatz auf Okinawa, wo er 75 Verwundete unter Einsatz seines Lebens rettete, indem er sie über eine hohe Felskante (Hacksaw Ridge) abseilte, bekam Doss vom US-Präsidenten Harry S. Truman die Ehrenmedaille des US-Kongresses überreicht.

Keine PR-Kampagne für die Kirche

"Auf der einen Seite freuen wir uns natürlich, dass hier ein Film entstanden ist, der das Leben und auch die Einstellung von unserem Mitglied Desmond Doss gut wiedergibt", so der Pressesprecher der Freikirche der Siebenten-Tags-Adventisten, Pastor Jens-Oliver Mohr, in einem Interview mit *Deutschlandradio Kultur* zum Kinostart in Deutschland. "Auf der anderen Seite hat Mel Gibson sicher nicht unsere Kirche im Blick gehabt, die er promoten wollte. Wir sind auch gegen das, was man da sieht: Wir sind eine Kirche für den Frieden und keine Kirche für Gewalt, Krieg und Gemetzel."



"Verdammung. Nein Danke!" - Rückführung der CA 16 nach Wittenberg

Erstausgabe der Augsburger Konfession© Foto: www.bassenge.com / gemeinfrei

Augsburg/APD Unter dem Motto "Verdammung. Nein Danke! Rückführung von CA 16" startet der Versöhnungsbund am 1. September 2017 eine Friedenspilgerfahrt von Augsburg nach Wittenberg. Der Versöhnungsbund gilt als eine der ältesten Friedensorganisationen. Am Vorabend des 1. Weltkriegs gegründet, ist er schon seit 1914 gewaltfrei gegen Unrecht und Krieg aktiv. Die Pilger werden mit dem Rad unterwegs sein und wollen Artikel 16 des Augsburger Bekenntnisses (Confessio Augustana – CA) von Augsburg nach Wittenberg zurückbringen. Philipp Melanchthon hatte das Bekenntnis verfasst und 1530 von Wittenberg zum Reichstag nach Augsburg gebracht.

Noch heute gelte die CA als zentrales lutherisches Bekenntnis, auf das Pfarrerinnen und Pfarrer, Gemeindeälteste, Kirchenvorsteherinnen und Kirchenvorsteher verpflichtet würden, so die Veranstalter. Artikel 16 lege fest: "dass Christen ohne Sünde Übeltäter mit dem Schwert bestrafen, rechtmäßig Kriege führen und in ihnen mitstreiten können. (...) Hiermit werden verdammt [die Wiedertäufer], die lehren, dass das oben Angezeigte unchristlich sei."

"Wir wollen uns von niemandem mehr verdammen lassen"

In der Einladung zur Radtour heißt es: "CA 16 ist immer wieder benutzt worden, um in zweifelhafter Weise staatliche Gewalt theologisch zu legitimieren. In seiner Wirkungsgeschichte hat dieser Artikel zur blutigen Verfolgung von Täuferinnen und Täufern durch die evangelischen Kirchen beigetragen und zur Ausgrenzung von Pazifistinnen und Pazifisten bis heute. ... Im Versöhnungsbund haben wir lange mit den evangelischen Kirchen um Abkehr von CA 16 gerungen."

Nun gelte es "Nein danke!" zu sagen und einzutreten für das Recht jedes Christen, nein zum Krieg und nein zum sogenannten Beruf des Soldaten sagen zu dürfen. Für diese Überzeugung wolle man sich von niemandem mehr verdammen lassen. Darum werde CA 16 nach Wittenberg zurückgeführt. Es sei an der Zeit, nicht nur zu danken dafür, was aus den Toren Wittenbergs vor 500 Jahren an Gutem hervorgegangen sei. Sondern auch an das zu erinnern, was besser unterblieben oder für immer in Wittenberg geblieben wäre. Man werde diesen Artikel für immer dort begraben.

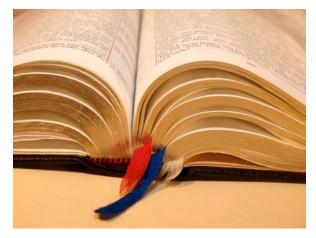
50 bis 80 Kilometer pro Tag

Die Tour führt in Tagesabschnitten von 50 bis 80 Kilometer über Eichstätt, Nürnberg, Bamberg, Coburg, Ilmenau, Leuchtenburg, Schönburg, Löbnitz nach Wittenberg. Unterwegs werden Schauplätze der Reformation besucht und an die Leiden der durch die CA Verdammten erinnert.

Gesucht werden noch Radfahrer, die ihre Energie investieren und die ganze Woche oder bei einzelnen Etappen mitfahren. Sponsoren, die sich die Rückführung von CA 16 etwas kosten lassen. Gastgeber, die auf der Strecke Augsburg, Coburg, Wittenberg Schlafsackquartier für 5 bis 20 Radler geben.

Informationen unter www.versoehnungsbund.de/ca16 (dort kann auch der Flyer heruntergeladen werden).





Zwei Bibelübersetzungen für ökumenische Gottesdienste

Bibel

© Foto: Matthias Müller/churchphoto.de

Stuttgart/APD In einem ökumenischen Gottesdienst in Stuttgart haben sich der Vorsitzende der römisch-katholischen Deutschen Bischofskonferenz, Kardinal Reinhard Marx, und der Ratsvorsitzende der Evangelischen Kirche in Deutschland (EKD), Landesbischof Heinrich Bedford- Strohm, offiziell gegenseitig die beiden neuen Bibelübersetzungen überreicht. Lutherbibel und Einheitsübersetzung sollen künftig zusammen in ökumenischen Gottesdiensten verwendet werden.

Die Bibel eine "sprudelnde Quelle"

Kardinal Marx betonte in seiner Einführung in der katholischen St. Eberhard Kirche in Stuttgart, dass die Beschäftigung mit der Bibel keine Saisonaufgabe sei. "Sie ist eine sprudelnde Quelle. Das Wasser, das aus ihr geschöpft wird, wird nicht weniger, sondern mehr. Je mehr wir uns mit der Heiligen Schrift auseinandersetzen, desto mehr erfahren wir das Geheimnis Christi", so Kardinal Marx. "Es freut mich sehr, dass wir in einem solch ökumenisch bedeutsamen Jahr 2017, in dem wir uns gemeinsam an die Ereignisse der Reformation vor 500 Jahren erinnern und sie heute als Christusfest feiern, Gottes Wort in unsere Mitte stellen."

Die Bibel das "Buch der Bücher"

In seiner Predigt sagte der Ratsvorsitzende der EKD, Landesbischof Bedford-Strohm: "Es gibt nichts, was es nicht in der Bibel gibt, sie schreitet den Rand und die Mitte der menschlichen Existenz ab und stellt alles vor Gott. Deswegen gilt für mich: Die Bibel ist das Buch der Bücher und die Quelle der Humanität, ja die Quelle allen erfüllten Lebens, denn sie kennt den diesseitigen Menschen in allen Aspekten, aber sie reduziert ihn nicht auf s Diesseits, sondern erschließt die Quellen des Lebens, die aus der Ewigkeit kommen."

Ökumene mit zwei Bibeln

In den vergangenen Jahren wurden die Einheitsübersetzung und die Lutherbibel jeweils einer eingehenden Überprüfung und Revision unterzogen. Bei der Überreichung der neuen Bibeln sagten Kardinal Marx und Landesbischof Bedford-Strohm: "Mit den neuen Übersetzungen erinnern wir uns an unsere gemeinsame Grundlage – die Heilige Schrift – und bringen gleichzeitig unsere Wertschätzung für die jeweils andere Übersetzung zum Ausdruck. Für die ökumenischen Gottesdienste auf den verschiedenen Ebenen empfehlen wir, auf die Texte der revidierten Einheitsübersetzung und Lutherbibel zurückzugreifen und wenn möglich auch beide Übersetzungen zu Gehör zu bringen."

Die Geschichte der Einheitsübersetzung

Die erste Idee zu einer einheitlichen deutschen Übersetzung der Bibel kam 1960 auf. Als das Zweite Vatikanische Konzil (1962–1965) eine biblische Erneuerung von Seelsorge und Liturgie forderte, machte es auch den Weg frei für die Liturgie in den Volkssprachen. Wollte man dem Wunsch des Konzils gerecht werden, wurden getreue und praxistaugliche Bibelübersetzungen benötigt. Deshalb beschlossen die katholischen Bischöfe des deutschen Sprachgebiets sich am Projekt "Einheitsübersetzung" zu beteiligen. 1979 erschien schließlich die Einheitsübersetzung in verbindlicher Fassung als offizielle Bibelausgabe der römisch-katholischen Kirche im deutschen Sprachgebiet.

An der Einheitsübersetzung, die ursprünglich nur als gemeinsame Bibel für den katholischen Gottesdienst im deutschsprachigen Raum gedacht war, hatten von Beginn an auch evangelische Theologen mitgearbeitet. An der Übersetzung der Psalmen und des Neuen Testaments wirkte dann auf Bitten der Deutschen Bischofskonferenz die EKD offiziell mit. 1970 schlossen Bischofskonferenz und EKD einen Vertrag über die gemeinsame Arbeit an der neuen Bibel. Seit 1980 war diese auch für den Gebrauch in der evangelischen Kirche freigegeben und wurde insbesondere in ökumenischen Veranstaltungen neben der Lutherbibel verwendet.

Aufkündigung der Zusammenarbeit

Im Zuge der Revisionsarbeiten kam es jedoch zu einem Konflikt zwischen der römisch-katholischen und der evangelischen Seite, in dessen Folge die EKD den 1970 geschlossenen Vertrag im Jahr 2005 aufkündigte. Als entscheidendes Hindernis einer weiteren evangelisch-katholischen Zusammenarbeit an dem Projekt bezeichnete damals die EKD in einer Presseerklärung die vatikanische Instruktion über den "Gebrauch der Volkssprache bei der Herausgabe der Bücher der römischen Liturgie" vom 28. März 2001. Dort seien Kriterien enthalten, "die von evangelischer Seite nicht mitgetragen werden können". Der damalige EKD-Ratsvorsitzende und Berliner Landesbischof Wolfgang Huber wies darauf hin, dass in dem Vatikan-Text betont werde, dass bei einer Bibelübersetzung auch die katholische Glaubenslehre

Berücksichtigung finden müsse. Im Protestantismus dagegen gelte allein die Heilige Schrift als Grundlage des Glaubens. Außerdem befürchtete die EKD, dass die evangelischen Vertreter in strittigen Übersetzungsfragen überstimmt werden könnten.

Der damalige Vorsitzende der Deutschen Bischofskonferenz, Kardinal Karl Lehmann, erklärte 2005 zur Absage des Rates des EKD, dass es "eine erhebliche Belastung" sei, "wenn gerade im Land der Reformation, wo wir über ein Vierteljahrhundert schon auf eine gemeinsame Übersetzung zurückgreifen konnten, dieses gemeinsame Zeugnis unterbrochen wird, während viele Nachbarn in anderen Ländern inzwischen ökumenisch vereinbarte Übersetzungen geschaffen haben". Die neue Einheitsübersetzung ist daher keine ökumenische Bibel mehr, sondern wird allein von der römisch-katholischen Kirche verantwortet.

Neue Lutherbibel seit Oktober 2016 im Handel

Nach fünfjähriger Arbeit wurde bereits im September 2015 die Revision der Lutherbibel abgeschlossen. Dazu hatte der Rat der EKD zur Koordination einen Lenkungsausschuss eingesetzt, in dem rund 70 exegetische Wissenschaftler, praktische Theologen sowie kirchleitende Personen vertreten waren. Die Deutsche Bibelgesellschaft wurde mit der Herstellung und Verbreitung der neuen Bibel betraut. Die neue Bibel erschien zum Reformationstag 2016, der offizielle Verkaufsstart war der 19. Oktober 2016.

Die Geschichte der Lutherbibel

Die Lutherbibel geht auf die Übersetzungen des Reformators Martin Luther und seiner Mitarbeiter in den Jahren 1521 bis 1545 zurück. Die Übersetzung des Neuen Testaments erschien im September 1522 (Septembertestament). In den folgenden Jahren wurden kontinuierlich weitere Bücher der Bibel übersetzt, bis 1534 die erste Gesamtausgabe des Alten und Neuen Testaments erschien. Im Jahr 1545 kam die letzte von Luther selbst durchgesehene Gesamtausgabe heraus.

In der zweiten Hälfte des 19. Jahrhunderts begann man die Bibelübersetzungen, die auf Martin Luther zurückgingen, sich aber durchaus unterschieden, kritisch durchzusehen und eine erste Revision vorzunehmen. Sie hatte das Ziel, den ursprünglichen Luthertext wieder herzustellen und diesen an jenen Stellen, wo er nicht mehr verständlich oder unklar war, an den allgemeinen Sprachgebrauch anzugleichen. Immer noch in Gemeinde-Gebrauch ist der Text der zweiten Revision von 1912.

Die dritte und letzte Revision wurde in den Jahren 1964 (Altes Testament), 1970 (Apokryphen) und 1984 (Neues Testament) abgeschlossen. Zu einer heftigen Auseinandersetzung kam es im Zuge der Revisionsarbeiten im Jahr 1975. Der damals vorgelegte revidierte Text des Neuen Testaments stieß in weiten Teilen der evangelischen Kirche auf zum Teil massive Kritik. Man vermisste vor allem die "Treue gegenüber der Sprache Luthers". Es wurde eine "Nach-Revision" vorgenommen, sodass der gesamte Prozess der Revision erst 1984 zum Abschluss kam. Im Zusammenhang mit der Einführung der neuen Rechtschreibung 1999 wurde der Text noch einmal durchgesehen.

"Die Bibel ist etwas ungeheuer Kostbares"

EKD-Ratsvorsitzender Bedford-Strohm präsentiert seine Schmuckschuber-Edition der Lutherbibel 2017



Schmuckschuber © Fotos: Jens Mohr/APD

Gerd Kanz und Heinrich Bedford-Strohm (v.l.)

Nürnberg/DBG/APD Der Ratsvorsitzende der Evangelischen Kirche in Deutschland (EKD) und Landesbischof der Evangelisch-Lutherischen Kirche in Bayern, Heinrich Bedford-Strohm, hat im Rahmen des Kongresses christlicher Führungskräfte in Nürnberg seine Schmuckschuber-Edition der Lutherbibel 2017 präsentiert. In der Reihe der Schmuckschuber erscheinen zeitlich limitierte, von Persönlichkeiten des öffentlichen Lebens gestaltete Sammler-Editionen.

"Die Bibel ist etwas ungeheuer Kostbares", so Professor Dr. Bedford-Strohm bei der Präsentation. Dies werde nun durch den kostbar anmutenden Schmuckschuber unterstrichen. Zur Gestaltung diente eine Bildskulptur des Coburger Künstlers Gerd Kanz.

Als Bibelvers für den Schuber wählte Bedford-Strohm sein Bischofsmotto aus dem zweiten Korintherbrief, Kapitel 3, Vers 17: "Der Herr ist der Geist; wo aber der Geist des Herrn ist, da ist Freiheit.", Dieser Vers hat mich einen Großteil meines Lebens begleitet", bemerkte der Landesbischof.

Lutherbibel 2017

Eingeführt wurde die revidierte Lutherbibel gemeinsam von der Evangelischen Kirche in Deutschland und der Deutschen Bibelgesellschaft. Zehn Jahre dauerte die inhaltliche Bearbeitung von der ersten Anfrage über die Arbeit einer EKD-Kommission bis zur Drucklegung. Die Lutherbibel 2017 erscheint zum 500. Reformationsjubiläum, das seit dem 31. Oktober 2016 gefeiert wird.



Die Nachrichtenagentur APD (Adventistischer Pressedienst) ist eine Einrichtung der Freikirche der Siebenten-Tags-Adventisten in Deutschland, Körperschaft des öffentlichen Rechts.

Herausgeber: Freikirche der Siebenten-Tags-Adventisten in Deutschland,

Sandwiesenstraße 35, 64665 Alsbach-Hähnlein

Redaktion: APD-Zentralredaktion Deutschland

Postfach 4260, 73745 Ostfildern Senefelderstraße 15, 73760 Ostfildern

Telefon 0711-44819-14, Telefax 0711-44819-60,

E-Mail: info@apd.info

Jens-Oliver Mohr (verantwortlich), Holger Teubert (stellvertretend),

Claudia Mohr

Erscheinungsweise: monatlich

Redaktionelle Zusammenarbeit: APD Schweiz, Redaktion, Postfach, CH - 4020 Basel

Telefon +41-79-225 95 11 E-Mail: APD-CH@apd.info

Herbert Bodenmann (verantwortlich)

Adventist News Network (ANN), 12501 Old Columbia Pike, Silver Spring,

Maryland 20904-6600, USA

Telefon +1-301-680-6306, Telefax +1-301-680-6312

E-Mail: costaw@gc.adventist.org Williams S. Costa Jr. (verantwortlich)

"Adventisten heute", Pulverweg 6, 21337 Lüneburg Telefon 04131-9835-501, Telefax 04131-9835-502

E-Mail: info@advent-verlag.de, Internet: www.advent-verlag.de

Thomas Lobitz (verantwortlich)

APD-INFORMATIONEN online: www.apd.info

Facebook: APD - Adventistischer Pressedienst Deutschland

Twitter: @apd_info

Kostenlose Textnutzung nur unter der Bedingung der eindeutigen Quellenangabe "APD". Das Copyright an den Agenturtexten verbleibt auch nach ihrer Veröffentlichung bei der Nachrichtenagentur APD.

APD ist die rechtlich geschützte Abkürzung des Adventistischen Pressedienstes.



Die Freikirche der Siebenten-Tags-Adventisten ging aus der Erweckungsbewegung des 19. Jahrhunderts hervor. Gegenwärtig zählt sie über 19 Millionen erwachsene Mitglieder und mehr als 25 Millionen Gottesdienstbesucher in 215 Ländern der Erde. In Deutschland sind knapp 35.000 Mitglieder in 558 Gemeinden organisiert. Ihre einzige Glaubensgrundlage ist die Bibel.